Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5213

18. 05. 76

Sachgebiet 793

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 23. Oktober 1969 zur Erhaltung der lebenden Schätze des Südostatlantiks, zu dem Protokoll vom 21. Januar 1972 zur Änderung des Übereinkommens vom 20. Dezember 1962 über den Schutz des Lachsbestandes in der Ostsee, zur Konvention vom 13. September 1973 über die Fischerei und den Schutz der lebenden Ressourcen in der Ostsee und den Belten sowie zur Änderung des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1971 — Seefischerei-Vertragsgesetz 1976 —

A. Zielsetzung

Das Gesetz sieht die Zustimmung zu drei völkerrechtlichen Vereinbarungen zur Erhaltung und bestmöglichen Nutzung der Fischbestände vor und ermächtigt den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur innerstaatlichen Durchsetzung und Durchführung der auf Grund dieser Vereinbarungen völkerrechtlich bindend beschlossenen Maßnahmen.

Durch das Gesetz soll ferner die Möglichkeit erweitert werden, in zweiseitigen Abkommen Fischereirechte für Schiffe der Bundesrepublik Deutschland vor den Küsten anderer Länder zu sichern.

B. Lösung

Da sich die Vereinbarungen auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, bedarf ihre Ratifikation der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Bundesgesetzes. Durch die gleichzeitige Zustimmung zu allen drei Vereinbarungen mittels Änderungsgesetz zum Seefischerei-Vertragsgesetz 1971 soll der gesetzgeberische Aufwand möglichst gering gehalten und die Durchführung von Maßnahmen zur Erhaltung und bestmöglichen Nutzung von Fischbeständen nach dem bisher für die Beschlüsse der Fischereikommissionen für den Nordatlantik geregelten Verfahren ermöglicht werden.

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 821, Goethestraße 56, 5300 Bonn-Bad Godesberg 1, Telefon (0 22 21) 36 35 51

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Der durch die Durchführung der Vereinbarungen erforderliche zusätzliche Verwaltungsaufwand des Bundes wird im Rahmen der vorhandenen Personalausstattung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und seiner Forschungsanstalten aufgefangen werden.

Durch den Beitritt zu den zwischenstaatlichen Fischereikommissionen auf Grund der Vereinbarungen werden für die Bundesrepublik Deutschland Beträge in Höhe von ca. 11 000 US-Dollar jährlich anfallen.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (41) 731 05 — Fi 24/76

Bonn, den 18. Mai 1976

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 23. Oktober 1969 zur Erhaltung der lebenden Schätze des Südostatlantiks, zu dem Protokoll vom 21. Januar 1972 zur Änderung des Übereinkommens vom 20. Dezember 1962 über den Schutz des Lachsbestandes in der Ostsee, zur Konvention vom 13. September 1973 über die Fischerei und den Schutz der lebenden Ressourcen in der Ostsee und den Belten sowie zur Änderung des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1971 — Seefischerei-Vertragsgesetz 1976 — mit Begründung.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Übereinkommens in englischer, französischer und spanischer Sprache, die deutsche Übersetzung, der Wortlaut des Protokolls in deutscher, dänischer und schwedischer Sprache, der Wortlaut der Konvention in englischer und deutscher Sprache sowie die dazugehörige Denkschrift sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Der Bundesrat hat in seiner 434. Sitzung am 14. Mai 1976 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt



Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 23. Oktober 1969 zur Erhaltung der lebenden Schätze des Südostatlantiks, zu dem Protokoll vom 21. Januar 1972 zur Änderung des Übereinkommens vom 20. Dezember 1962 über den Schutz des Lachsbestandes in der Ostsee, zur Konvention vom 13. September 1973 über die Fischerei und den Schutz der lebenden Ressourcen in der Ostsee und den Belten sowie zur Änderung des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1971 — Seefischerei-Vertragsgesetz 1976 —

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den nachfolgenden völkerrechtlichen Vereinbarungen wird zugestimmt:

1. Dem in Rom am 23. Oktober 1969 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen zur Erhaltung der lebenden Schätze des Südostatlantiks;
2. dem in Stockholm am 21. Januar 1972 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll zur Änderung des Übereinkommens vom 20. Dezember 1962 über den Schutz des Lachsbestandes in der Ostsee (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 1113);
3. der in Danzig am 13. September 1973 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Konvention über die Fischerei und den Schutz der lebenden Ressourcen in der Ostsee und den Belten.

Die Vereinbarungen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Seefischerei-Vertragsgesetz 1971 vom 25. August 1971 (Bundesgesetzbl. II S. 1057), geändert durch das Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 469), wird wie folgt geändert:

1. Artikel 2 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 werden nach Nummer 2 ein Komma sowie folgende Nummern 3, 4 und 5 angefügt:
      „3. Empfehlungen der Internationalen Kommission für die Fischerei im Südostatlantik gemäß Artikel VIII des Übereinkommens vom 23. Oktober 1969 zur Erhaltung der lebenden Schätze des Südostatlantiks (Bundesgesetzbl. 1976 II S.   ) in der jeweils geltenden Fassung,
      4. Empfehlungen der Internationalen Kommission für die Fischerei in der Ostsee und den Belten gemäß Artikel X der Konvention vom 13. September 1973 über die Fischerei und den Schutz der lebenden Ressourcen in der Ostsee und den Belten (Bundesgesetzbl. 1976 II S.   ) in der jeweils geltenden Fassung,
      5. das Übereinkommen vom 20. Dezember 1962 über den Schutz des Lachsbestandes in der Ostsee (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 1113) in der jeweils geltenden Fassung."
   b) Hinter den Worten „innerstaatlich durchzusetzen" werden die Worte „oder durchzuführen" eingefügt.
   c) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
      aa) Nummer 1 erhält folgende Fassung:
         „1. Regelung der Beschaffenheit von Fanggeräten und -vorrichtungen sowie von Fangmethoden,".
      bb) Nummer 2 erhält folgende Fassung:
         „2. Beschränkung oder Verbot des Anbordbehaltens, des Anlandens, des Feilbietens, des Anbietens zum Verkauf und des Verkaufs von Fischen einer bestimmten Art, Menge oder Größe sowie von solchen Fischen, die mit bestimmten Fanggeräten, -vorrichtungen oder -methoden oder innerhalb bestimmter Zeitabschnitte oder Gebiete gefangen wurden,".
      cc) Nummer 3 erhält folgende Fassung:
         „3. Fangverbote für bestimmte Arten von Fischen in bestimmten Zeitabschnitten oder Gebieten."
      dd) Nummer 5 erhält folgende Fassung:
         „5. jede sonstige Regelung, die unmittelbar mit der Erhaltung und bestmöglichen Nutzung oder der Verbesserung oder Vermehrung aller Fischbestände oder der sonstigen lebenden Schätze des Meeres im Geltungsbereich der in Absatz 1 bezeichneten völkerrechtlichen Vereinbarungen zusammenhängt,".
      ee) Nummer 7 erhält folgende Fassung:
         „7. Duldung von Kontrollen und anderen Maßnahmen zur Einhaltung der unter den Nummern 1 bis 6 genannten Regelungen. Diese können sich insbesondere auf das Anhalten von Fischereifahrzeugen, das Verbot, ein bestimmtes Fanggebiet aufzusuchen oder das Gebot, ein solches zu verlassen oder einen bestimmten Hafen aufzusuchen, erstrecken. Sie umfassen ferner Zutritt und Einsicht in Räume

und Behältnisse, die der Aufbewahrung von Fanggeräten und -vorrichtungen und Fischen sowie von Logbüchern und sonstigen Schiffspapieren dienen, die Einsichtnahme in diese Papiere sowie die Darlegung der zu kontrollierenden Gegenstände. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt."

d) In Absatz 3 erhalten die Sätze 1 und 2 folgende Fassung:

„Zur Durchführung von Regelungen gemäß Absatz 2 Nr. 4 kann der Fang in bestimmten Zeitabschnitten oder Gebieten verboten oder von einer Erlaubnis des Bundesministers abhängig gemacht werden. Dabei können Auflagen hinsichtlich des Fanges bestimmter Höchstmengen, der Verwendung des Fanges, des Einsatzes einer bestimmten Anzahl oder bestimmter Arten von Fischereifahrzeugen oder Fanggeräten, -vorrichtungen und -methoden oder hinsichtlich der Zeitdauer des Fanges oder des Aufenthaltes auf dem Fangplatz gemacht werden."

2. Artikel 3 erhält folgende Fassung:

„Artikel 3

Der Bundesminister wird ermächtigt, über die Durchsetzung und Durchführung der in Artikel 2 Abs. 1 genannten Bestimmungen hinaus durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates Regelungen gemäß Artikel 2 Abs. 2 zu treffen, wenn dies

1. zur Erhaltung und bestmöglichen Nutzung von Fischbeständen,
2. zur Erhaltung oder Gewährung von Fangmöglichkeiten für Fischereifahrzeuge der Bundesrepublik Deutschland oder
3. zur Überwachung der Einhaltung der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften

erforderlich ist. Von dieser Ermächtigung kann auch zur Durchführung von Vorschriften Gebrauch gemacht werden, die der Rat der Europäischen Gemeinschaften gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 101/76 vom 19. Januar 1976 über die Einführung einer gemeinsamen Strukturpolitik für die Fischwirtschaft (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 20 vom 28. Januar 1976 S. 19) oder gemäß Artikel 102 der dem Vertrag vom 22. Januar 1972 über den Beitritt des Königreichs Dänemark, Irlands, des Königreichs Norwegen und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zur Europäischen Atomgemeinschaft und zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl beigefügten Akte über die Beitrittsbedingungen und die Anpassungen der Verträge (Bundesgesetzbl. 1972 II S. 1125) erläßt."

3. Artikel 4 erhält folgende Fassung:

„Artikel 4

(1) Die Überwachung der Einhaltung und die Durchführung der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften erfolgt außerhalb des Küstenmeeres der Bundesrepublik Deutschland durch die Kapitäne oder die Schiffsoffiziere des nautischen Dienstes der im Fischereischutz eingesetzten Fahrzeuge der Bundesrepublik Deutschland, durch sonstige vom Bundesminister bestellte Bedienstete des Bundes oder durch Behörden eines Landes nach Maßgabe einer mit dem Land zu treffenden Vereinbarung. Die Überwachung kann auch durch Kontrollbeamte der Fischereiaufsichtsdienste anderer Staaten erfolgen.

(2) Die der Überwachung dienenden Handlungen der in Absatz 1 Satz 2 genannten Kontrollbeamten stehen den Diensthandlungen von Amtsträgern im Sinne des § 113 des Strafgesetzbuches gleich."

Artikel 3

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ermächtigt, den Wortlaut des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1971 (Artikel 2) in der neuen Fassung bekanntzumachen und dabei Unstimmigkeiten der Artikelfolge und des Wortlauts zu beseitigen.

Artikel 4

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1).

Artikel 5

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem

1. das Übereinkommen zur Erhaltung der lebenden Schätze des Südostatlantiks nach seinem Artikel XVIII Abs. 2,
2. das Protokoll zur Änderung des Übereinkommens über den Schutz des Lachsbestandes in der Ostsee nach seinem Artikel V Abs. 2,
3. die Konvention über die Fischerei und den Schutz der lebenden Ressourcen in der Ostsee und den Belten nach ihrem Artikel XVIII Abs. 2

für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

(3) Die Artikel 2 bis 4 des Gesetzes vom 13. August 1965 zu dem Übereinkommen vom 20. Dezember 1962 über den Schutz des Lachsbestandes in der Ostsee (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 1113) treten gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des in Absatz 2 Nr. 2 bezeichneten Protokolls außer Kraft.

Begründung

Zu Artikel 1

Auf die völkerrechtlichen Vereinbarungen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen. Das Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates. Durch Artikel 2 wird die Zustimmung des Bundesrates zum Erlaß der dort genannten Rechtsverordnungen ausdrücklich ausgeschlossen; sie wäre an sich erforderlich, da das vorliegende Gesetz auch von den Ländern als eigene Angelegenheit ausgeführt wird, soweit sich seine Vorschriften auf das Küstenmeer der Bundesrepublik Deutschland beziehen. Diese „anderweitige bundesgesetzliche Regelung" im Sinne von Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes löst die Zustimmungsbedürftigkeit des Gesetzes aus.

Zu Artikel 2

Nummer 1

a) Die Kommissionen, die im Übereinkommen zur Erhaltung der lebenden Schätze des Südostatlantiks und in der Konvention über die Fischerei und den Schutz der lebenden Ressourcen in der Ostsee und den Belten vorgesehen sind, haben ähnliche Funktionen wie die Internationale Kommission für die Nordwestatlantische Fischerei und die Kommission für die Fischerei im Nordostatlantik. Auch hier sind Beschlußverfahren mit relativ kurzen Fristen für das Wirksamwerden von Empfehlungen vorgesehen, so daß die Durchführung durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates zweckmäßig ist.

   Es ist ferner zweckmäßig, auch die Durchführung des Übereinkommens vom 20. Dezember 1962 über den Schutz des Lachsbestandes in der Ostsee auf die Ebene der Rechtsverordnung zu verlagern, um ein einheitliches und überschaubares Rechtsetzungsverfahren zu den verschiedenen Seefischerei-Übereinkommen zu erhalten. Außerdem können damit Änderungen des Übereinkommens, die nach dem Protokoll vom 21. Januar 1972 [vgl. den durch Artikel IV Abs. 2 des Protokolls neu eingefügten Artikel 10 a)] in einem vereinfachten Verfahren zustande kommen, vereinfacht innerstaatlich durchgesetzt werden.

b) Die Worte „oder durchzuführen" sind eingesetzt worden, um klarzustellen, daß das Gesetz neben der einfachen Durchsetzung völkerrechtlich verbindlicher Bestimmungen auch deren inhaltliche Durchführung ermöglicht.

c) Die zusätzliche Erwähnung von Fangmethoden durch Buchstaben aa) und bb) in Absatz 2 Nr. 1 und 2 entspricht ihrer Aufzählung in Artikel X a) der Konvention über die Fischerei und den Schutz der lebenden Ressourcen in der Ostsee und den Belten. Unter bb) wurde Nummer 2 neu gefaßt, um Artikel 5 a) des Übereinkommens über den Schuntz des Lachsbestandes in der Ostsee in der Fassung von Artikel II des Änderungsprotokolls Rechnung zu tragen. Die Neufassung der Nummer 3 durch cc) dient der Klarstellung, daß auch ganzjährige Fangverbote erlassen werden können. Die Erweiterung des Wortlauts in Nummer 5 durch dd) beruht auf Artikel VIII Abs. 2 h) des Übereinkommens zur Erhaltung der lebenden Schätze des Südostatlantiks und auf Artikel X h) der Konvention über die Fischerei und den Schutz der lebenden Ressourcen in der Ostsee und den Belten.

   Die Neufassung der Nummer 7 durch ee) enthält neben redaktionellen Änderungen die Möglichkeit, die bei der Vereinbarung von Fischereirechten mit Küstenstaaten von diesen geforderten Aufenthaltsbeschränkungen durch Rechtsverordnung durchzusetzen.

d) Die aus redaktionellen Gründen ohnehin erforderliche Neufassung von Artikel 2 Abs. 3 Sätze 1 und 2 des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1971 wurde zum Anlaß genommen, die Maßnahmen, die zur Durchführung von Beschränkungen des Fischereiaufwandes getroffen werden können, an Hand bisheriger Erfahrungen mit solchen Beschränkungen geringfügig zu verändern. So kann jetzt auch, wie in Teilen des Gebietes der Internationalen Kommission für die Nordwestatlantische Fischerei vorgesehen, der Fang sämtlicher Fischarten in bestimmten Zeitabschnitten oder Gebieten erlaubnispflichtig gemacht werden; durch Auflagen kann jetzt auch die Verwendung des Fanges (etwa Verbot der Fischerei zum Zwecke der Verarbeitung zu Fischmehl) vorgeschrieben werden sowie, was nach dem bisherigen Wortlaut nicht zweifelsfrei war, eine Höchstzahl des Einsatzes von Fischereifahrzeugen in einem bestimmten Gebiet.

Nummer 2

Neben einer redaktionellen Änderung ist Artikel 3 in der Neufassung auf Grund folgender Überlegungen erweitert worden:

Es bestanden Zweifel, ob die jetzt in Nummer 2 vorgesehene Ermächtigung schon in der bisherigen Fassung — jetzt Nummer 1 — enthalten war. Der Abschluß von Fischereiabkommen mit Dänemark über die Fischerei bei den Färöern, mit Norwegen und mit Island hat gezeigt, daß es zur Vermeidung einseitiger Ausdehnungen von Fischereizonen durch Staaten, vor deren Küsten die Bundesrepublik Deutschland auf Fischfang angewiesen ist, im Interesse der Erhaltung von Fangmöglichkeiten für Fischereifahrzeuge der Bundesrepublik Deutschland erforderlich sein kann, auch solchen Maßnahmen zuzustimmen, deren Zweck neben der Erhaltung und bestmöglichen Nutzung von Fischbeständen auch eine verstärkte Nutzung dieser Bestände durch den Küstenstaat ist. Seit der Vorbereitung der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen nimmt die Tendenz von Küstenstaaten zu, sich Gebiete vor der eigenen Küste, die wir als hohe See betrachten, zur ausschließlichen oder vorzugsweisen Nutzung vorzubehalten. Die Bundesrepublik Deutschland wird daher voraussichtlich immer stärker gezwungen werden, in zwei- oder mehrseitigen Verträgen der-

artige Zugeständnisse zu machen, um überhaupt Fangmöglichkeiten für unsere Fischereifahrzeuge zu erhalten.

Durch die Neufassung der in Nummer 3 enthaltenen Vorschrift wird der Neufassung der EWG-Verordnung über die Einführung einer gemeinsamen Strukturpolitik für die Fischwirtschaft Rechnung getragen sowie die Durchführung von Artikel 102 der Beitrittsakte ermöglicht, wonach der Rat „die Voraussetzungen für die Ausübung des Fischfangs im Hinblick auf den Schutz der Fischbestände und die Erhaltung der biologischen Schätze des Meeres" festlegen kann.

Nummer 3

Artikel 4 des Gesetzes wird in zweifacher Hinsicht geändert: Zum einen sollen Bedienstete der Küstenländer zur Überwachung und Durchführung der auf Grund des Gesetzes erlassenen Vorschriften auch außerhalb des Küstenmeeres ermächtigt werden können, weil zunehmend von der Kommission für die Fischerei im Nordostatlantik Bestimmungen empfohlen werden, die sich über das in der Bundesrepublik Deutschland nur 3 Seemeilen breite Küstenmeer bis zu 12 Seemeilen erstrecken; da die im Fischereischutz eingesetzten Fahrzeuge der Bundesrepublik Deutschland ihre Aufgaben im wesentlichen in ferneren Gewässern wahrnehmen, ist eine wirkungsvolle Aufsicht nur durch den Einsatz von Fahrzeugen und Bediensteten auch der Länder zu erreichen. Zum anderen wird durch den Fortfall des Gegenseitigkeitserfordernisses eine Kontrolle durch ausländische Kontrollbeamte auch dann ermöglicht, wenn der kontrollierende Staat nicht bereit ist, in jedem Falle die Kontrolle seiner eigenen Schiffe durch deutsche Kontrollbeamte zuzulassen.

Zu Artikel 3

Wegen der zahlreichen Änderungen des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1971 empfiehlt sich die Ermächtigung des zuständigen Bundesministers zur Neubekanntmachung.

Zu Artikel 4

Die völkerrechtlichen Vereinbarungen sowie die auf Grund des Gesetzes zu erlassenden Rechtsverordnungen sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung des Absatzes 1 Satz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem die Übereinkommen und das Protokoll für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Da die Vorschriften des Übereinkommens über den Schutz des Lachsbestandes in der Ostsee in der durch das Protokoll geänderten Fassung mit dessen Inkrafttreten einheitlich durch Rechtsverordnung durchgeführt werden sollen, sollen die entsprechenden Bestimmungen des Zustimmungsgesetzes zu dem Übereinkommen zum selben Zeitpunkt außer Kraft treten. Verstöße gegen die zur Durchführung erlassenen Rechtsverordnungen werden dem Bußgeldblankett des Artikels 6 des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1971 unterstellt (Artikel 6 in Verbindung mit Artikel 2 Abs. 1 Nr. 5 des Seefischerei-Vertragsgesetzes 1971 in der Fassung des Artikels 2 Nr. 1 Buchstabe a dieses Gesetzes).

Schlußbemerkung

Die Erfüllung der mit dem Übereinkommen zur Erhaltung der lebenden Schätze des Südostatlantiks und der Konvention über die Fischerei und den Schutz der lebenden Ressourcen in der Ostsee und den Belten übernommenen Verpflichtungen erfordert zusätzlichen Verwaltungsaufwand des Bundes. Dies folgt zum einen aus der in den Übereinkommen vorgesehenen Mitarbeit in den internationalen Gremien. Zum anderen ergibt sich dies vor allem auch aus der verwaltungsmäßigen Durchführung von Quotenregulierungen im Rahmen von internationalen Fischereikonventionen. Quotenregulierungen setzen auf nationaler Ebene eine schnelle und sichere statistische Erfassung und Verarbeitung von Fangdaten sowie deren kontinuierliche, in der Regel monatliche Weitergabe an die Fischereikommissionen voraus. Die hierdurch entstehenden Verwaltungsausgaben werden im Rahmen der verfügbaren Haushaltsansätze abgedeckt.

Die Bundesregierung wird die mit der Gesetzesausführung verbundenen zusätzlichen Arbeiten im Rahmen der vorhandenen Personalausstattung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und der Bundesforschungsanstalt für Fischerei abwickeln.

An den Kosten der im Rahmen der beiden Übereinkommen vorgesehenen zwischenstaatlichen Kommissionen wird sich die Bundesrepublik Deutschland 1976 und 1977 jährlich mit Beiträgen von voraussichtlich 11.000 US-Dollar beteiligen müssen. Die Beiträge entfallen je zur Hälfte auf die Ostsee-Kommission und die Südostatlantik-Kommission. Sie werden innerhalb der im Finanzplan 1975 bis 79 für den Einzelplan 10 vorgesehenen Plafonds gedeckt werden.

Übereinkommen zur Erhaltung der lebenden Schätze des Südostatlantiks

Convention on the Conservation of the Living Resources of the Southeast Atlantic

Convention sur la conservation des ressources biologiques de l'Atlantique Sud-Est

Convenio sobre la conservación de los recursos vivos del Atlántico Sudoriental

Preamble

The Governments of the States parties to this Convention, considering their mutual interest in the living resources of the Southeast Atlantic and desiring to cooperate in the conservation and rational exploitation of these resources, have agreed as follows:

Préambule

Les Gouvernements des États Parties à la présente Convention, considérant l'intérêt que présentent pour eux les ressources biologiques de l'Atlantique Sud-Est et désireux de coopérer au maintien et à l'exploitation rationnelle de ces ressources, sont convenus de ce qui suit:

Article I

1. The area to which this Convention shall apply, hereinafter referred to as the "Convention Area", shall be all waters bounded by a line drawn as follows:

Beginning at a point at 6°04'36" South latitude and 12°19'48" East longitude, thence in a northwesterly direction along a rhumb line to the point at the intersection of the meridian 12° East with the parallel 6° South, thence due west along this parallel to the meridian 20° West, thence due south along this meridian to the parallel 50° South, thence due east along this parallel to the meridian 40° East, thence due north along this meridian to the coast of the African continent, thence in a westerly direction along this coast to the original point of departure.

2. The eastern boundary at the meridian 40° East shall be reviewed if a convention for the conservation of the living resources of the sea is established applying to an area immediately adjacent to that boundary.

Article I

1. La zone à laquelle s'applique la présente Convention, ci-après dénommée «zone de la Convention», comprend toutes les eaux dont le périmètre est délimité comme suit:

Une ligne partant d'un point situé par 6°04'36" de latitude Sud et 12°19'48" de longitude Est et suivant une direction Nord-Ouest le long d'une ligne de rhumb jusqu'au point d'intersection du 12ème méridien Est et du 6ème parallèle Sud, puis se dirigeant plein Ouest le long de ce parallèle jusqu'au 20ème méridien Ouest, puis plein Sud le long de ce méridien jusqu'au 50ème parallèle Sud, puis plein Est le long de ce parallèle jusqu'au 40ème méridien Est, puis plein Nord le long de ce méridien jusqu'à la côte du continent africain, puis à l'Ouest le long de cette côte jusqu'au point de départ,

2. La limite Est, située sur le 40ème méridien Est, sera revue si une convention pour la conservation des ressources biologiques de la mer s'appliquant à une zone immédiatement adjacente à cette limite devait être établie.

Article II

Nothing in this Convention shall be considered as affecting the rights, claims or views of any Contracting Party in regard to the limits of the territorial sea or to the extent of jurisdiction over fisheries under international law.

Article II

Aucune disposition de la présente Convention ne peut être considérée comme portant atteinte aux droits, revendications ou points de vue de toute Partie contractante concernant la limite de la mer territoriale ou l'étendue de la juridiction en matière de pêche, conformément au droit international.

Article III

This Convention shall apply to all fish and other living resources in the Convention Area, with the exception of any such resources as may be excluded pursuant to arrangements or agreements entered into by the Commission in accordance with paragraph 1 of Article XI of this Convention.

Article III

La présente Convention s'applique à toutes les ressources ichtyologiques et autres ressources biologiques de la zone de la Convention, à l'exception des ressources qui peuvent être exclues en vertu d'arrangements ou d'accords conclus par la Commission, conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article XI de la présente Convention.

Article IV

The Contracting Parties hereby agree to establish and to maintain a Commission to be known as the International Commission for the Southeast Atlantic Fisheries, hereinafter referred to as the "Commission", which shall carry out the functions set forth in this Convention.

Article IV

Les Parties contractantes conviennent de créer une Commission et d'en assurer le maintien; cette Commission sera désignée sous le nom de Commission internationale des pêches pour l'Atlantique Sud-Est, ci-après dénommée «la Commission», et son rôle sera de remplir les fonctions énoncées dans la présente Convention.

Article V

1. The Commission shall hold a regular session at least once every two years. A special session shall be called at any time at the request of one Contracting Party provided that such request is supported by at least three other Contracting Parties.

2. Each of the Contracting Parties shall be represented on the Commission by not more than three Commissioners who may be accompanied by experts and advisers.

Article V

1. La Commission se réunit en session ordinaire au moins une fois tous les deux ans. Elle peut être convoquée en session extraordinaire à tout moment, à la demande de l'une des Parties contractantes, sous réserve que cette demande soit appuyée par trois autres Parties contractantes au moins.

2. Chacune des Parties contractantes est représentée à la Commission par trois délégués au plus, qui peuvent être accompagnés par des experts et des conseillers.

Preámbulo

Los Gobiernos de los Estados, partes en este Convenio, considerando su mutuo interés en los recursos vivos del Atlántico Sudoriental y deseando cooperar en la conservación y explotación racional de tales recursos, acuerdan lo siguiente:

Artículo I

1. El área a que se aplicará el presente Convenio, en lo sucesivo denominada „Area del Convenio", abarcará todas las aguas limitadas por la línea siguiente:

A partir de un punto situado en 6°04'36" de latitud Sur y 12°19'48" de longitud Este y de allí hacia el Noroeste a lo largo de una línea loxodrómica hasta un punto situado en la intersección del meridiano 12° Este con el paralelo 6° Sur; de allí hacia el Oeste a lo largo de este paralelo hasta el meridiano 20° Oeste; de allí hacia el Sur a lo largo de este meridiano hasta el paralelo 50° Sur; de allí hacia el Este a lo largo de este paralelo hasta el meridiano 40° Este; de allí hacia el Norte a lo largo de este meridiano hasta la costa del Continente de Africa y de allí hacia el Oeste a lo largo de esta costa hasta el punto original de partida.

2. El límite oriental del meridiano 40° Este será revisado siempre que se establezca un Convenio para la conservación de los recursos vivos del mar, que se aplique a una zona inmediatamente adyacente a este límite.

Artículo II

Ninguna disposición de este Convenio podrá considerarse que afecta a los derechos, reclamaciones o puntos de vista de cualquiera de las Partes Contratantes, en relación con los límites del mar territorial o la extensión de la jurisdicción sobre las pesquerías, de acuerdo con el Derecho Internacional.

Artículo III

El presente Convenio se aplicará a todos los peces y a los demás recursos vivos del Area del Convenio, con excepción de todos los recursos que puedan excluirse en virtud de disposiciones o acuerdos concertados por la Comisión, conforme al párrafo 1 del Artículo XI de este Convenio.

Artículo IV

Las Partes Contratantes acuerdan establecer y mantener una Comisión, que se conocerá con el nombre de Comisión Internacional de Pesquerías del Atlántico Sudoriental, en lo sucesivo denominada "la Comisión", cuyo cometido será el de ejercer las funciones estipuladas en este Convenio.

Artículo V

1. La Comisión celebrará un período de sesiones ordinario por lo menos una vez cada dos años. Se convocará a un período de sesiones especial en cualquier momento a solicitud de una Parte Contratante, siempre que dicha solicitud esté apoyada por lo menos por otras tres Partes Contratantes.

2. Cada una de las Partes Contratantes estará representada en la Comisión por no más de tres delegados, quienes podrán ser acompañados de expertos y asesores.

(Übersetzung)

Präambel

Die Regierungen der Vertragsstaaten dieses Übereinkommens — in Anbetracht ihres gegenseitigen Interesses an den lebenden Schätzen des Südostatlantiks und in dem Wunsch, bei der Erhaltung und rationellen Ausbeutung dieser Schätze zusammenzuarbeiten — sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

(1) Der Bereich, auf den dieses Übereinkommen Anwendung findet — im folgenden als „Übereinkommensbereich" bezeichnet —, umfaßt alle Gewässer, die von folgender Linie begrenzt werden:

Von einem Punkt auf 6° 04' 36" südlicher Breite und 12° 19' 48" östlicher Länge verläuft sie in nordwestlicher Richtung auf einer Loxodrome zu dem Schnittpunkt des Längenkreises 12° Ost und des Breitenkreises 6° Süd, von dort genau westlich entlang diesem Breitenkreis zum Längenkreis 20° West, von dort genau südlich entlang diesem Längenkreis zum Breitenkreis 50 Süd, von dort genau östlich entlang diesem Breitenkreis zum Längenkreis 40° Ost, von dort genau nördlich entlang diesem Längenkreis zur Küste des afrikanischen Kontinents, von dort in westlicher Richtung entlang dieser Küste zum ursprünglichen Ausgangspunkt.

(2) Die Ostgrenze am Längenkreis 40° Ost wird revidiert, sobald ein Übereinkommen zur Erhaltung der lebenden Schätze des Meeres für einen unmittelbar an diese Grenze angrenzenden Bereich ausgearbeitet wird.

Artikel II

Dieses Übereinkommen berührt nicht die Rechte, Ansprüche oder Ansichten einer Vertragspartei hinsichtlich der Grenzen des Küstenmeers oder der Ausdehnung der Hoheitsgewalt über die Fischerei nach dem Völkerrecht.

Artikel III

Dieses Übereinkommen gilt für alle Fische und sonstigen lebenden Schätze im Übereinkommensbereich mit Ausnahme derjenigen Schätze, die auf Grund von Vereinbarungen oder Abkommen ausgeschlossen werden, welche die Kommission nach Artikel XI Absatz 1 schließt.

Artikel IV

Die Vertragsparteien kommen hiermit überein, eine Kommission mit der Bezeichnung Internationale Kommission für die Fischerei im Südostatlantik — im folgenden als „Kommission" bezeichnet — einzusetzen und zu unterhalten, welche die in diesem Übereinkommen festgesetzten Aufgaben wahrnimmt.

Artikel V

(1) Die Kommission tritt mindestens alle zwei Jahre zu einer ordentlichen Tagung zusammen. Eine außerordentliche Tagung wird jederzeit einberufen, wenn eine Vertragspartei dies beantragt und wenn der Antrag von mindestens drei anderen Vertragsparteien unterstützt wird.

(2) Jede Vertragspartei wird in der Kommission durch höchstens drei Delegierte vertreten, denen Sachverständige und Berater zur Seite stehen können.

3. Each Contracting Party shall have one vote in the Commission. Except as may be otherwise provided in this Convention, decisions of the Commission shall be taken by a majority of two thirds of the Contracting Parties present and voting. Two thirds of the Contracting Parties shall constitute a quorum.

3. Chacune des Parties contractantes dispose d'une voix au sein de la Commission. Sauf dispositions contraires de la présente Convention, les décisions de la Commission sont prises à la majorité des deux tiers des Parties contractantes présentes et votantes. Le quorum est constitué par les deux tiers des Parties contractantes.

4. At each regular session the Commission shall elect from among the Commissioners the following officers: a Chairman, a First Vice-Chairman and a Second Vice-Chairman. These officers shall remain in office until the election of their successors at the next regular session and shall not be eligible to serve for more than two consecutive terms in the same office. A Commissioner, when acting as Chairman, shall not vote.

4. A chacune de ses sessions ordinaires, la Commission élit parmi les délégués un Bureau constitué par un Président, un premier Vice-Président et un deuxième Vice-Président, dont les mandats expirent avec l'élection de leurs successeurs à la session ordinaire suivante et qui ne peuvent être élus plus de deux fois de suite aux mêmes fonctions. Lorsqu'il exerce les fonctions de Président, un délégué n'a pas le droit de vote.

5. The working languages of the Commission shall be English, French and Spanish.

5. Les langues de travail de la Commission sont l'anglais, le français et l'espagnol.

6. The Commission shall adopt such rules of procedure and other internal administrative regulations as are necessary to carry out its functions. The rules of procedure of subsidiary bodies established by the Commission under Article VII may be adopted by such subsidiary bodies, but shall only enter into force upon approval by the Commission.

6. La Commission adopte le règlement intérieur et toutes autres dispositions internes d'ordre administratif nécessaires à l'exercice de ses fonctions. Les organes subsidiaires créés par la Commission en vertu des dispositions de l'article VII peuvent adopter leur règlement intérieur, mais celui-ci n'entre en vigueur qu'après avoir été approuvé par la Commission.

Article VI

1. In order to achieve the objectives set out in this Convention, the Commission shall be responsible for the study of all fish and other living resources in the Convention Area. Such study shall include research on the abundance, life history, biometry and ecology of these resources and the study of their environment. In undertaking the study of these matters, the Commission shall collect, analyse, publish and disseminate, by all appropriate means, statistical, biological and other scientific information on the said resources.

2. The Commission, in carrying out its responsibilities shall, insofar as feasible, utilize the technical and scientific services of, and information from, official agencies of the Contracting Parties. The Commission may, when necessary, utilize other services and information, and may also undertake, within the limits of its supplementary budget, independent research to supplement the research being done by governments, national institutions or other international organizations.

3. The Contracting Parties shall furnish, on the request of the Commission, any available statistical and other data and information the Commission may need for the purposes of the Convention.

Article VI

1. Afin d'atteindre les objectifs de la présente Convention, la Commission est chargée d'étudier toutes les ressources ichtyologiques et autres ressources biologiques de la zone de la Convention. Cette étude comprendra des recherches concernant l'abondance, le cycle biologique, la biométrie et l'écologie de ces ressources, ainsi que l'étude de leur milieu. Pour effectuer ces recherches, la Commission rassemblera, analysera, publiera et diffusera par tout moyen approprié les informations d'ordre statistique, biologique et autres renseignements scientifiques sur ces ressources.

2. En s'acquittant de ses fonctions, la Commission utilise, dans la mesure du possible, les services techniques et scientifiques des organismes officiels des Parties contractantes ainsi que les informations que lui fournissent ces organismes. Elle peut, si cela apparaît nécessaire, utiliser d'autres services et renseignements et peut également entreprendre, dans les limites de son budget supplémentaire, des recherches indépendantes destinées à compléter les recherches effectuées par les gouvernements et les institutions nationales ou par d'autres organismes internationaux.

3. Les Parties contractantes s'engagent à fournir, à la demande de la Commission, tout renseignement disponible, d'ordre statistique ou autre, dont la Commission pourrait avoir besoin aux fins de la présente Convention.

Article VII

1. The Commission may establish a Regional Committee for each of the regions into which the Convention Area may be divided on an ecological basis, and a Stock Committee with respect to any stock to be found in the Convention Area. The Commission may also establish a Scientific Advisory Council, hereinafter referred to as the "Council". The Commission may establish such other subsidiary bodies as are necessary for the performance of its functions, determining their composition and terms of reference in each case.

2. Regional Committees shall have the functions specified in this Article, except with respect to any stock for which a Stock Committee is competent.

Article VII

1. La Commission peut établir un Comité régional pour chacune des régions qui pourront être constituées sur une base écologique dans la zone de la Convention et un Comité d'étude des stocks pour tout stock se trouvant dans cette zone. La Commission peut aussi créer un Conseil consultatif scientifique, ci-après dénommé le «Conseil». La Commission peut constituer tout autre organe subsidiaire nécessaire à l'exercice de ses fonctions et en déterminer dans chaque cas la composition et le mandat.

2. Les Comités régionaux ont les attributions spécifiées au présent article, sauf à l'égard des stocks pour lesquels un Comité d'étude a été établi.

3. Cada Parte Contratante tendrá un voto en la Comisión. Excepto en los casos previstos en este Convenio, las decisiones de la Comisión se tomarán por mayoría de los dos tercios de la Partes Contratantes presentes y votantes. Los dos tercios de las partes Contratantes constituirán quórum.

(3) Jede Vertragspartei hat in der Kommission eine Stimme. Sofern nicht in diesem Übereinkommen etwas anderes bestimmt ist, bedürfen die Beschlüsse der Kommission der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien. Die Kommission ist beschlußfähig, wenn zwei Drittel der Vertragsparteien vertreten sind.

4. En cada periodo de sesiones ordinario, la Comisión elegirá de entre los delegados la Mesa siguiente: un Presidente, un Primer Vicepresidente y un Segundo Vicepresidente, quienes desempeñarán sus cargos hasta la elección de sus sucesores en el próximo período de sesiones ordinario y sólo podrán ejercer su mandato en los mismos cargos durante dos periodos sucesivos. Un delegado, cuando actúe en calidad de Presidente, no tendrá derecho a voto.

(4) Die Kommission wählt auf jeder ordentlichen Tagung aus den Reihen der Delegierten einen Vorstand, der aus einem Vorsitzenden, einem ersten stellvertretenden Vorsitzenden und einem zweiten stellvertretenden Vorsitzenden besteht. Die Vorstandsmitglieder nehmen ihr Amt bis zur Wahl ihrer Nachfolger auf der nächsten ordentlichen Tagung wahr; sie dürfen höchstens zweimal nacheinander für dasselbe Amt gewählt werden. Ein Delegierter hat kein Stimmrecht, solange er Vorsitzender ist.

5. Los idiomas de trabajo de la Comisión serán el español, el francés y el inglés.

(5) Die Arbeitssprachen der Kommission sind Englisch, Französisch und Spanisch.

6. La Comisión adoptará el reglamento interno y otras normas administrativas internas que sean necesarias para el ejercicio de sus funciones. Los reglamentos de los órganos auxiliares establecidos por la Comisión, con arreglo al Artículo VII, podrán ser adoptados por tales órganos auxiliares, pero sólo entrarán en vigor al aprobarlos la Comisión.

(6) Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung und beschließt alle sonstigen internen Verwaltungsvorschriften, die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Die Geschäftsordnungen der von der Kommission nach Artikel VII eingesetzten Nebenorgane können von diesen Organen beschlossen werden, bedürfen jedoch zu ihrem Inkrafttreten der Genehmigung der Kommission.

Artículo VI

Artikel VI

1. Con el fin de conseguir los objetivos expuestos en este Convenio, la Comisión se encargará del estudio de todos los peces y de los demás recursos vivos en el Area del Convenio. Este estudio incluirá la investigación de la abundancia, ciclo vital, biometría y ecología de tales recursos, así como el estudio de su medio ambiente. Para el estudio de estas cuestiones, la Comisión reunirá, analizará, publicará y divulgará, por cualquier medio apropiado información estadística, biológica y científica sobre los mencionados recursos.

(1) Zur Erreichung der in diesem Übereinkommen niedergelegten Ziele ist die Kommission für die Untersuchung aller Fische und sonstigen lebenden Schätze des Übereinkommensbereichs verantwortlich. Diese Untersuchung umfaßt die Erforschung der Häufigkeitsverteilung, des Lebenszyklus, der Biometrie und der Ökologie dieser Schätze sowie die Untersuchung ihrer Umwelt. Bei diesen Untersuchungen sammelt, analysiert, veröffentlicht und verbreitet die Kommission mit allen geeigneten Mitteln statistische, biologische und sonstige wissenschaftliche Informationen über die genannten Schätze.

2. La Comisión, en el desempeño de sus funciones, utilizará, en la medida que sea factible, los servicios técnicos y científicos, así como la información de los servicios oficiales de las Partes Contratantes. Podrá igualmente, cuando estime necesario, utilizar otros servicios y la información disponible y, dentro de los límites de su presupuesto complementario, podrá emprender investigaciones independientes para complementar las llevadas a cabo por los gobiernos, las instituciones nacionales u otras organizaciones internacionales.

(2) Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben macht sich die Kommission nach Möglichkeit die technischen und wissenschaftlichen Dienste der amtlichen Stellen der Vertragsparteien sowie die von diesen gelieferten Informationen nutzbar. Die Kommission kann nötigenfalls andere Dienste und Informationen benutzen und kann auch im Rahmen ihres Zusatzhaushalts unabhängige Forschung betreiben, um die Forschungsvorhaben von Regierungen und innerstaatlichen Einrichtungen oder von anderen internationalen Organisationen zu ergänzen.

3. Las Partes Contratantes proveerán a solicitud de la Comisión, cualquier información estadística y datos y otras informaciones que la Comisión pueda necesitar para los propósitos de este Convenio.

(3) Die Vertragsparteien stellen auf Ersuchen der Kommission alle von dieser für die Zwecke des Übereinkommens benötigten statistischen und sonstigen Unterlagen und Informationen zur Verfügung.

Artículo VII

Artikel VII

1. La Comisión podrá establecer un Comité Regional para cada una de las regiones en que pueda dividirse el Area del Convenio sobre una base ecológica, y un Comité de estudio de poblaciones para cualquier población pesquera que se encuentre en el Area del Convenio. También podrá establecer un Consejo Científico Asesor, en lo sucesivo denominado "el Consejo". Podrá, igualmente, establecer los demás órganos auxiliares que sean necesarios para el cumplimiento de sus funciones, determinando, en cada caso, la composición y mandato de éstos.

(1) Die Kommission kann für jedes der Gebiete, in die der Übereinkommensbereich auf ökologischer Grundlage eingestellt wird, einen Regionalausschuß und für jeden im Übereinkommensbereich vorkommenden Bestand einen Bestandsausschuß einsetzen. Die Kommission kann ferner einen wissenschaftlichen Beirat — im folgenden als „Rat" bezeichnet — einsetzen. Sie kann alle sonstigen für die Durchführung ihrer Aufgaben erforderlichen Nebenorgane einsetzen und deren Zusammensetzung und Aufgabenstellung in jedem Einzelfall bestimmen.

2. Los Comités Regionales tendrán las funciones que se especifican en este Artículo, con excepción de las referentes a una población pesquera para la cual se haya establecido un Comité de estudio.

(2) Die Regionalausschüsse haben die in diesem Artikel bezeichneten Aufgaben, sofern es sich nicht um Bestände handelt, für die ein Bestandsausschuß zuständig ist.

3. A Regional or Stock Committee may initiate, on the basis of the results of scientific investigations, proposals regarding measures that are applicable to the region or stock for which it has been established and shall consider any proposals that may be referred to it by the Commission.

3. Un Comité régional ou un Comité d'étude des stocks peut proposer, sur la base des résultats d'enquêtes scientifiques, des mesures applicables à la région ou au stock pour lequel il a été créé, et examine toutes les propositions qui lui sont soumises par la Commission.

4. A Regional or Stock Committee may prepare draft recommendations for consideration by the Commission. The Commission may adopt such draft recommendations, with any amendments it may consider desirable, in accordance with Article VIII of this Convention.

4. Un Comité régional ou un Comité d'étude des stocks peut élaborer des projets de recommandation en vue de les soumettre à la Commission. La Commission peut les adopter après y avoir apporté, le cas échéant, les modifications qui lui paraissent pertinentes, conformément aux dispositions de l'article VIII de la présente Convention.

5. The Commission shall designate the Contracting Parties that may be represented on a Regional or Stock Committee. However, when a Regional or Stock Committee is established a Contracting Party shall automatically have the right to be represented thereon if it fishes in the region; or if it exploits the stock concerned; or if it has a coastline adjacent to the region concerned or the area where the stock is to be found. If a Contracting Party exploits a stock outside the region covered by a Regional or Stock Committee, it may be eligible to be represented thereon if the Commission so decides.

5. La Commission désigne les Parties contractantes qui peuvent être représentées aux Comités régionaux ou aux Comités d'étude des stocks. Toutefois, lorsqu'un Comité régional ou un Comité d'étude des stocks est établi, toute Partie contractante qui pêche dans la région ou qui exploite le stock visé peut être représentée de plein droit à ces Comités. Il en est de même si son littoral est adjacent à ladite région ou à la zone où se trouve le stock visé. Si une Partie contractante exploite un stock en dehors de la zone de compétence d'un Comité régional ou d'un Comité d'étude des stocks, elle peut être représentée si la Commission en décide ainsi.

6. The functions of the Council shall be to advise and assist the Commission and its Regional and Stock Committees with respect to the scientific aspects of their responsibilities.

6. Le Conseil a pour mandat d'aider et de conseiller la Commission, ses Comités régionaux et ses Comités d'étude des stocks pour ce qui concerne les aspects scientifiques de leurs fonctions.

7. Each Contracting Party may send a delegation of scientists to the Council composed of as many experts as it whishes. The Council may establish subsidiary bodies and determine their composition.

7. Chaque Partie contractante peut envoyer au Conseil une délégation scientifique composée d'autant d'experts qu'elle le désirera. Le Conseil peut créer des organes subsidiaires et en déterminer la composition.

8. The Council may, with the concurrence of the Commission, invite other scientists or experts to participate in its deliberations in an advisory capacity.

8. Le Conseil peut, avec l'accord de la Commission, inviter d'autres spécialistes ou experts à participer à titre consultatif à ses délibérations.

9. The Council shall hold regular sessions whose timing shall be determined by the Commission in relation to its regular sessions. The Council may hold special sessions subject to the approval of the Commission.

9. Le Conseil tient des sessions ordinaires dont les dates sont déterminées par la Commission compte tenu de ses sessions ordinaires. Il peut tenir des sessions extraordinaires sous réserve de l'approbation de la Commission.

Article VIII

1. The Commission may make, on its own initiative or on the proposal of a Regional or Stock Committee and on the basis of the results of scientific investigations, recommendations relating to the objectives of this Convention. These recommendations shall become binding on the Contracting Parties under the conditions laid down in Article IX.

2. The matters with respect to which the Commission may make recommendations shall be:

(a) the regulation of the sizes of mesh of fishing nets;

(b) the regulation of the size limits of fish that may be retained on board any fishing craft or landed, or exposed or offered for sale;

(c) the establishment of open and closed seasons;

(d) the establishment of open and closed areas;

(e) the regulation of fishing gear and appliances, other than regulation of the size of mesh of fishing nets;

Article VIII

1. La Commission peut formuler, de sa propre initiative ou sur proposition d'un Comité régional ou d'un Comité d'étude des stocks et sur la base des résultats d'enquêtes scientifiques, des recommandations concernant les objectifs de la présente Convention. Ces recommandations prennent effet pour les Parties contractantes dans les conditions stipulées à l'article IX.

2. Les domaines dans lesquels la Commission peut formuler des recommandations sont les suivants:

(a) réglementation du maillage des filets de pêche;

(b) réglementation de la taille limite des poissons qui peuvent être gardés à bord d'un bateau de pêche, débarqués, exposés ou mis en vente;

(c) établissement de périodes d'autorisation ou d'interdiction de la pêche;

(d) établissement de zones où la pêche est autorisée ou interdite;

(e) réglementation des engins et du matériel de pêche, en dehors de la réglementation du maillage des filets;

3. Un Comité Regional o un Comité de estudio de poblaciones podrá formular, basándose en los resultados de las investigaciones científicas, propuestas respecto a medidas aplicables a la región o a la población para la cual ha sido establecido y examinar cualquiera de las propuestas que le remita la Comisión.

(3) Ein Regional- oder Bestandsausschuß kann auf Grund der Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen Maßnahmen für das Gebiet oder den Bestand vorschlagen, für das bzw. den er eingesetzt wurde; er prüft alle Vorschläge, welche die Kommission an ihn verweist.

4. Un Comité Regional o un Comité de estudio de poblaciones podrá preparar proyectos de recomendaciones para que sean examinados por la Comisión. Esta podrá aceptar tales proyectos, con las modificaciones que estime convenientes, de conformidad con el Artículo VIII de este Convenio.

(4) Ein Regional- oder Bestandsausschuß kann Empfehlungsentwürfe vorbereiten, die von der Kommission zu prüfen sind. Die Kommission kann diese Empfehlungsentwürfe mit allen für wünschenswert erachteten Änderungen nach Artikel VIII annehmen.

5. La Comisión designará las Partes Contratantes que podrán estar representadas en un Comité Regional o en un Comité de estudio de poblaciones. Sin embargo, cuando se establezca un Comité Regional o un Comité de estudio de poblaciones, una Parte Contratante tendrá automáticamente el derecho a estar representada en él, si pesca en la región o explota la población de que se trata, o si posee costas adyacentes a dicha región o a la zona en que se encuentre la población pesquera. Si una Parte Contratante explota una población, pero fuera de la región abarcada por un Comité Regional o de estudio de poblaciones, puede estar representada en dicho Comité si la Comisión así lo decide.

(5) Die Kommission bezeichnet diejenigen Vertragsparteien, die in einem Regional- oder Bestandsausschuß vertreten sein können. Jedoch hat bei der Einsetzung eines Regional- oder Bestandsausschusses eine Vertragspartei ohne weiteres Anspruch auf eine Vertretung im Ausschuß, wenn sie das Gebiet befischt, wenn sie den betreffenden Bestand ausbeutet oder wenn ihre Küstenlinie an das betreffende Gebiet oder die Zone angrenzt, wo der Bestand vorkommt. Beutet eine Vertragspartei einen Bestand außerhalb des Gebiets aus, für das ein Regional- oder Bestandsausschuß zuständig ist, so kann sie sich darin vertreten lassen, wenn die Kommission dies beschließt.

6. Las funciones del Consejo serán las de ayudar y asesorar a la Comisión, a sus Comités Regionales y a sus Comités de estudio de poblaciones respecto a los aspectos científicos de sus responsabilidades.

(6) Der Rat hat die Aufgabe, die Kommission und ihre Regional- und Bestandsausschüsse in wissenschaftlicher Hinsicht zu beraten und zu unterstützen.

7. Cada Parte Contratante podrá enviar al Consejo una delegación de científicos integrada por el número de expertos que desee. El Consejo podrá establecer órganos auxiliares y determinar su composición.

(7) Jede Vertragspartei kann eine Delegation von Wissenschaftlern in den Rat entsenden, die aus der von der Vertragspartei gewünschten Anzahl von Sachverständigen besteht. Der Rat kann Nebenorgane einsetzen und ihre Zusammensetzung bestimmen.

8. El Consejo podrá, con el asentimiento de la Comisión, invitar a otros científicos o expertos a que participen en sus deliberaciones a título de asesores.

(8) Der Rat kann mit Zustimmung der Kommission andere Wissenschaftler oder Sachverständige einladen, in beratender Eigenschaft an seinen Arbeiten teilzunehmen.

9. El Consejo celebrará reuniones ordinarias, cuyo calendario será determinado por la Comisión en relación con sus reuniones ordinarias. El Consejo podrá celebrar reuniones extraordinarias previa aprobación de la Comisión.

(9) Der Rat hält ordentliche Tagungen ab, deren Zeitpunkt von der Kommission unter Berücksichtigung ihrer ordentlichen Tagungen festgesetzt wird. Er kann mit Zustimmung der Kommission außerordentliche Tagungen abhalten.

Artículo VIII

1. La Comisión, por su propia iniciativa o a propuesta de un Comité Regional o de un Comité de estudio de poblaciones podrá, basándose en los resultados de investigaciones científicas, formular recomendaciones relacionadas con los objetivos de este Convenio. Estas recomendaciones serán obligatorias para las Partes Contratantes, de conformidad con las condiciones establecidas en el Artículo IX.

2. Las materias respecto a las cuales la Comisión podrá formular recomendaciones serán:

(a) la reglamentación del tamaño de las mallas de las redes de pesca;

(b) la reglamentación de los límites de talla de los pescados que toda embarcación pesquera pueda mantener a bordo, desembarcar, o exponer u ofrecer a la venta;

(c) la implantación de temporadas de libre captura y de veda;

(d) el establecimiento de zonas abiertas y cerradas a la explotación;

(e) la reglamentación de los artes y aparejos de pesca, además de la del tamaño de las mallas de las redes de pesca;

Artikel VIII

(1) Die Kommission kann von sich aus oder auf Vorschlag eines Regional- oder Bestandsausschusses auf Grund der Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen Empfehlungen betreffend die Ziele dieses Übereinkommens abgeben. Diese Empfehlungen werden für die Vertragsparteien nach Maßgabe des Artikels IX verbindlich.

(2) Die Kommission kann Empfehlungen zu folgenden Fragen abgeben:

a) Regelung der Maschengrößen der Fischnetze;

b) Regelung der Größenbegrenzungen der Fische, die an Bord eines Fischereifahrzeugs behalten, angelandet, feilgehalten oder zum Verkauf angeboten werden dürfen;

c) Festsetzung von Fang- und Schonzeiten;

d) Festsetzung von Fang- und Schongebieten;

e) Regelung der Fanggeräte und -vorrichtungen mit Ausnahme der Regelung der Maschengrößen der Fischnetze;

(f) the improvement and the increase of living resources, which may include artificial propagation, the transplantation and acclimatization of organisms, the transplantation of young, and predator control;

(g) the regulation of the total catch by species, group of species or, if appropriate, by regions; and

(h) any other type of measure directly related to the conservation of all fish and other living resources in the Convention Area.

3. (a) If the Commission makes a recommendation under paragraph 2 (g) of this Article, it may invite the Contracting Parties concerned, as determined by the Commission, to elaborate agreements on the allocation of a total catch quota taking into account the fishing interests of all the countries concerned and ensuring, as far as possible, that all the countries concerned abide by the Commission's recommendation for a total catch quota and by any agreed allocation.

(b) The terms of any such agreement shall be reported by the Contracting Parties concerned to the Commission as soon as possible. Without prejudice to the binding force of such agreements on the parties thereto, the Commission may thereupon make recommendations, pursuant to paragraph 1 of this Article, on the subject matter of the said agreements.

4. The Commission shall notify all Contracting Parties of recommendations adopted by the Commission.

Article IX

1. Subject to the provisions of this Article, the Contracting Parties undertake to give effect to any recommendation adopted by the Commission in accordance with Article VIII.

2. Any Contracting Party may, within ninety days of notification of a recommendation, present an objection to it to the Commission and in that event shall not be under an obligation to give effect to the recommendation.

3. If an objection is presented within the ninety-day period referred to in the preceding paragraph any other Contracting Party may present an objection at any time within a further period of sixty days or within thirty days after notification of an objection presented by another Contracting Party made within the further sixty-day period.

4. If objections to a recommendation are presented by at least three Contracting Parties, all the other Contracting Parties shall be relieved forthwith of any obligation to give effect to that recommendation; nevertheless, any or all of them may agree among themselves to give effect to it.

5. Any Contracting Party which has presented an objection to a recommendation may at any time withdraw that objection and shall then, subject to the provisions of the preceding paragraph, give effect to the recommendation within ninety days.

6. The Commission shall notify all Contracting Parties of each objection or withdrawal immediately upon receipt thereof.

Article X

1. Without prejudice to the rights of States in the waters in which they are entitled under international

(f) amélioration et accroissement des ressources biologiques, notamment par culture marine, transplantation et acclimatation d'organismes, transplantation de jeunes et lutte contre les prédateurs;

(g) réglementation du volume total des prises par espèces, groupes d'espèces ou éventuellement par régions;

(h) tout autre type de mesure directement liée à la conservation de toutes les ressources ichtyologiques et autres ressources biologiques de la zone de la Convention.

3. (a) Si la Commission formule une recommandation en vertu des dispositions du paragraphe 2 (g) du présent article, elle peut inviter les Parties contractantes intéressées qu'elle désigne à élaborer des accords sur la répartition d'un quota total des prises, en tenant compte des intérêts halieutiques de tous les pays intéressés et en s'assurant, dans la mesure du possible, que tous ces pays se conforment à la recommandation relative au quota total des prises et à tout accord portant sur sa répartition.

(b) Les Parties contractantes intéressées communiquent le plus rapidement possible à la Commission les termes de tout accord ainsi conclu. Sans porter atteinte à la valeur obligatoire de ces accords pour les parties, la Commission peut formuler des recommandations, en vertu des dispositions du paragraphe 1 du présent article, sur la teneur de ces accords.

4. La Commission notifie à toutes les Parties contractantes les recommandations qu'elle adopte.

Article IX

1. Sous réserve des dispositions du présent article, les Parties contractantes s'engagent à appliquer toute recommandation adoptée par la Commission conformément à l'article VIII de la présente Convention.

2. Toute Partie contractante peut présenter une objection à la Commission dans les quatre-vingt-dix jours qui suivent la date de notification d'une recommandation et, dans ce cas, elle ne sera pas tenue d'appliquer cette recommandation.

3. Si une objection est présentée dans le délai de quatre-vingt-dix jours visé au paragraphe ci-dessus, toute autre Partie contractante peut présenter une objection à tout moment au cours d'une période supplémentaire de soixante jours, ou dans un délai de trente jours à compter de la réception de la notification d'une objection présentée par une autre Partie contractante dans la période supplémentaire de soixante jours.

4. Si des objections à une recommandation sont présentées par trois au moins des Parties contractantes, toutes les autres Parties contractantes sont, de ce fait, dispensées de l'obligation d'appliquer cette recommandation; cependant, certaines d'entre elles ou toutes ces Parties contractantes peuvent convenir entre elles de l'appliquer.

5. Toute Partie contractante qui a présenté une objection à une recommandation peut à tout moment la retirer; sous réserve des dispositions du paragraphe ci-dessus, elle applique alors cette recommandation dans les quatre-vingt-dix jours.

6. La Commission notifie, dès réception, à toutes les Parties contractantes, toute objection et tout retrait d'objection.

Article X

1. Sans préjudice des droits des États sur les eaux dans lesquelles ils sont habilités à exercer leur juridiction

(f) la mejora y aumento de los recursos vivos, comprendidos la propagación artificial, el trasplante y aclimatación de organismos, el trasplante de formas juveniles, y la lucha contra los predadores;

(g) la reglamentación de la captura total por especies, grupos de especies o, en su caso, por regiones; y

(h) cualquier otro tipo de medida que se relacione directamente con la conservación de todos los peces y otros recursos vivos en el Area del Convenio.

3. (a) Si la Comisión formulará una recomendación conforme a lo establecido en el párrafo 2 (g) de este Artículo, podrá pedir a las Partes Contratantes afectadas, según ella misma lo determine, que concierten acuerdos relativos a la distribución del cupo de la captura total, teniendo en cuenta los intereses pesqueros de todos los países afectados y asegurando, en lo posible, que todos los países afectados apliquen la recomendación de la Comisión respecto al cupo de la captura total y la distribución que hubiese sido acordada.

(b) Los términos de cualquier acuerdo de ese tipo serán comunicados por las Partes Contratantes afectadas a la Comisión lo antes posible. Sin perjuicio de la obligatoriedad de tales acuerdos para con las partes correspondientes, la Comisión podrá formular recomendaciones en cumplimiento de lo establecido en el párrafo 1 de este Artículo, sobre las materias tratadas en los referidos acuerdos.

4. La Comisión notificará a todas las Partes Contratantes las recomendaciónes aprobadas por ella.

Artículo IX

1. Conforme a las disposiciones de este Artículo, las Partes Contratantes se comprometen a dar cumplimiento a cualquier recomendación aprobada por la Comisión de acuerdo con el Artículo VIII.

2. Cualquier Parte Contratante, dentro de los noventa días de la fecha de notificación de una recomendación, podrá presentar una objeción sobre la misma a la Comisión y, en tal caso no estará obligada a dar cumplimiento a esa recomendación.

3. Si una objeción se presenta dentro del período de noventa dias a que se refiere el párrafo precedente, cualquier otra Parte Contratante puede presentar una objeción en cualquier tiempo comprendido dentro de un nuevo período de sesenta días o dentro de los treinta días después de la notificación de una objeción presentada por otra Parte Contratante dentro del nuevo periodo de sesenta dias.

4. Si, por lo menos, tres Partes Contratantes presentan objeciones a una recomendación, todas las demás Partes Contratantes quedarán liberadas de cualquier obligación que se derive de tal recomendación, aunque cualquiera de ellas, o todas, puedan acordar entre si dar cumplimiento a dicha recomendación.

5. Cualquier Parte Contratante que haya presentado una objeción a una recomendación podrá, en cualquier tiempo, retirar tal objeción y, con sujeción a las disposiciones del párrafo precedente, deberá entonces dar cumplimiento a la recomendación dentro de noventa días.

6. La Comisión notificará a todas las Partes Contratantes cada objeción o retirada, inmediatamente después de recibida.

Artículo X

1. Sin perjuicio de los derechos de los Estados en las aguas en las cuales están facultados, según el Derecho

f) Verbesserung und Vermehrung der lebenden Schätze; hierzu können auch die künstliche Fortpflanzung, die Verpflanzung und Akklimatisierung von Organismen, die Verpflanzung von jungen Fischen und die Bekämpfung von Raubfischen gehören;

g) Regelung der Höhe des Gesamtfangs nach Arten, Artengruppen oder gegebenenfalls nach Gebieten und

h) jede sonstige Maßnahme, die unmittelbar mit der Erhaltung aller Fische und sonstigen lebenden Schätze im Übereinkommensbereich zusammenhängt.

(3) a) Gibt die Kommission eine Empfehlung nach Absatz 2 Buchstabe g ab, so kann sie die betreffenden von ihr selbst bestimmten Vertragsparteien auffordern, Übereinkünfte über die Zuteilung eines Anteils am Gesamtfang auszuarbeiten, wobei die Fischereiinteressen aller betroffenen Staaten zu berücksichtigen sind und nach Möglichkeit sichergestellt wird, daß alle diese Staaten sich an die Empfehlung der Kommission betreffend einen Anteil am Gesamtfang und an jede Übereinkunft über die Zuteilung desselben halten.

b) Die betreffenden Vertragsparteien teilen der Kommission so bald wie möglich die Einzelheiten derartiger Übereinkünfte mit. Unbeschadet der Verbindlichkeit dieser Übereinkünfte für deren Vertragsparteien kann die Kommission nach Absatz 1 Empfehlungen über den Gegenstand der Übereinkünfte abgeben.

(4) Die Kommission notifiziert allen Vertragsparteien die von ihr angenommenen Empfehlungen.

Artikel IX

(1) Vorbehaltlich dieses Artikels verpflichten sich die Vertragsparteien, jede von der Kommission nach Artikel VIII angenommene Empfehlung in Kraft zu setzen.

(2) Jede Vertragspartei kann binnen neunzig Tagen nach der Notifizierung einer Empfehlung bei der Kommission dagegen Einspruch erheben; in diesem Falle ist die Vertragspartei nicht verpflichtet, die Empfehlung in Kraft zu setzen.

(3) Wird innerhalb des in Absatz 2 bezeichneten Zeitabschnittes von neunzig Tagen Einspruch erhoben, so kann jede andere Vertragspartei jederzeit binnen weiterer sechzig Tage oder binnen dreißig Tagen nach der Notifizierung, daß eine andere Vertragspartei innerhalb des Zeitabschnittes von sechzig Tagen Einspruch erhoben hat, Einspruch erheben.

(4) Erheben drei oder mehr Vertragsparteien gegen eine Empfehlung Einspruch, so sind alle anderen Vertragsparteien damit von der Verpflichtung entbunden, die Empfehlung in Kraft zu setzen; einige oder alle Vertragsparteien können jedoch unter sich vereinbaren, die Empfehlung in Kraft zu setzen.

(5) Eine Vertragspartei, die gegen eine Empfehlung Einspruch erhoben hat, kann diesen Einspruch jederzeit zurücknehmen; danach hat sie vorbehaltlich des Absatzes 4 die Empfehlung binnen neunzig Tagen in Kraft zu setzen.

(6) Die Kommission notifiziert allen Vertragsparteien jeden Einspruch und jede Zurücknahme eines Einspruchs sofort nach deren Eingang.

Artikel X

(1) Unbeschadet der Rechte der Staaten in den Gewässern, in denen sie nach dem Völkerrecht befugt sind,

law to exercise jurisdiction over fisheries, each Contracting Party shall take appropriate measures, in its territories and in these waters with respect to all persons and vessels, and beyond these waters with respect to its nationals and vessels, to ensure the implementation of the provisions of the present Convention and the recommendations of the Commission which have become binding on that Contracting Party, and to apply sanctions for the violation of such recommendations.

en matière de pêche conformément au droit international, toute Partie contractante prend dans son territoire et sur ces eaux à l'égard de toutes les personnes et de tous les navires et, au-delà de ces eaux, à l'égard de ses ressortissants et de ses navires, des mesures appropriées pour assurer l'application des dispositions de la présente Convention et des recommandations de la Commission qui lui sont applicables, ainsi que pour assurer la répression des infractions auxdites recommandations.

2. The Contracting Parties undertake to collaborate with each other with a view to the adoption of effective measures to ensure the implementation of this Convention and the achievement of its objectives.

2. Les Parties contractantes s'engagent à collaborer en vue d'adopter des mesures efficaces visant à assurer l'application de la présente Convention et la réalisation de ses objectifs.

3. In addition, the Contracting Parties undertake to collaborate with each other with a view to setting up, upon a recommendation by the Commission, a system of international enforcement of such recommendations as the Commission may select for inclusion under the said system, except in the waters in which a State is entitled under international law to exercise jurisdiction over fisheries. The adoption and implementation of such a recommendation shall be governed by Articles VIII and IX of this Convention.

3. En outre, les Parties contractantes s'engagent à collaborer en vue d'instituer, sur la base d'une recommandation de la Commission, un système de contrôle international de l'application de celles des recommandations adoptées par la Commission qui seront choisies à cet effet, sauf dans les eaux sur lesquelles un État est habilité à exercer sa juridiction en matière de pêche conformément au droit international. L'adoption et la mise en œuvre d'une telle recommandation seront régies par les dispositions des articles VIII et IX de la présente Convention.

4. The Contracting Parties shall transmit to the Commission, biennially, or at such times as may be required by the Commission, a statement of the action that they have taken pursuant to this Article.

4. Les Parties contractantes s'engagent à communiquer à la Commission, tous les deux ans ou chaque fois que la Commission le demandera, un compte rendu des mesures qu'elles ont prises en vertu du présent article.

Article XI

1. The Commission shall seek to conclude agreements and maintain working arrangements with other international organizations which have related objectives, and in particular the Food and Agriculture Organization of the United Nations, to ensure effective collaboration and coordination and to avoid duplication with respect to their work.

2. The Commission may invite any appropriate international organization and the Government of any State eligible to become a party to this Convention under Article XVII, but which is not a member of the Commission, to be represented in an observer capacity at sessions of the Commission or its subsidiary bodies.

Article XI

1. La Commission cherchera à conclure des accords et à entretenir des rapports de travail avec d'autres institutions internationales ayant des objectifs connexes, en particulier avec l'Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture, pour assurer une collaboration et une coordination efficaces et pour éviter les doubles emplois.

2. La Commission peut inviter à se faire représenter par un observateur à ses sessions, ainsi qu'aux sessions de ses organes subsidiaires, toute organisation internationale appropriée et le Gouvernement de tout État qui, aux termes de l'article XVII, peut devenir Partie à la Convention, mais qui n'est pas membre de la Commission.

Article XII

1. The Commission shall appoint an Executive Secretary on such conditions as it may determine.

2. The staff of the Commission shall be appointed by the Executive Secretary in accordance with such rules and on such conditions as may be determined by the Commission.

3. The Executive Secretary shall perform such functions as the Commission may prescribe, including the following:

(a) receiving and transmitting the Commission's official communications;

(b) preparing budget estimates for review by the Commission at its regular sessions;

(c) preparing for submission to the Commission at its regular sessions a report on the Commission's activities and the programme of work, and arranging for the subsequent publication of this report and the proceedings of the Commission;

Article XII

1. La Commission nomme un Secrétaire exécutif dont elle fixe les conditions d'emploi.

2. Le Secrétaire exécutif nomme le personnel de la Commission selon les règles et conformément aux conditions que peut fixer la Commission.

3. Le Secrétaire exécutif s'acquitte des tâches que peut lui confier la Commission, en particulier les suivantes:

(a) recevoir et transmettre toutes les communications officielles de la Commission;

(b) préparer les prévisions budgétaires à soumettre à l'examen de la Commission à ses sessions ordinaires;

(c) préparer et présenter à la Commission, à ses sessions ordinaires, un rapport sur les activités de la Commission et sur le programme de travail et prendre les dispositions nécessaires pour la publication ultérieure dudit rapport ainsi que des actes de la Commission;

Internacional, a ejercer jurisdicción sobre las pesquerías, toda Parte Contratante adoptará en sus territorios y dichas aguas, las medidas adecuadas, con respecto a todas las personas y barcos y, fuera de las mencionadas aguas, con respecto a sus nacionales y sus barcos, para asegurar el cumplimiento de las disposiciones del presente Convenio y de las recomendaciones de la Comisión, que sean obligatorias para esa Parte Contratante y para aplicar sanciones por la violación de tales recomendaciones.

2. Las Partes Contratantes acuerdan colaborar entre sí con vistas a la adopción de medidas efectivas para asegurar el cumplimiento del presente Convenio y el logro de sus objetivos.

3. Además las Partes Contratantes acuerdan colaborar entre sí con vistas al establecimiento, previa recomendación de la Comisión, de un sistema de control internacional para la aplicación de aquellas recomendaciones que la Comisión seleccione para su inclusión en dicho sistema, excepto en las aguas en las cuales un Estado esté facultado, según el Derecho Internacional, a ejercer jurisdicción sobre las pesquerías. La adopción y la aplicación de tal recomendación se regirán por los Artículos VIII y IX de este Convenio.

4. Las Partes Contratantes deberán remitir a la Comisión cada dos años, o en cualquier época, según pudiera requerirlo ésta, un informe sobre las medidas que aquéllas hubieran adoptado en virtud de este Artículo.

Artículo XI

1. La Comisión tratará de concertar acuerdos y mantener relaciones de trabajo con otras organizaciones internacionales que tengan objetivos afines, especialmente la Organización de las Naciones Unidas para la Agricultura y la Alimentación, con objeto de asegurar una colaboración y coordinación efectivas y evitar duplicación en lo relacionado con sus respectivas tareas.

2. La Comisión podrá invitar a cualquier organización internacional apropiada y al Gobierno de cualquier Estado que tenga derecho a ser parte de este Convenio con arreglo al Artículo XVII, pero que no sea miembro de la Comisión, a que envíen observadores a las reuniones de la Comisión, o de sus órganos auxiliares.

Artículo XII

1. La Comisión nombrará un Secretario Ejecutivo, con arreglo a las condiciones que la misma determine.

2. El personal de la Comisión será nombrado por el Secretario Ejecutivo de acuerdo con las normas y condiciones que determine la Comisión.

3. El Secretario Ejecutivo desempeñará las funciones que le encomiende la Comisión, entre ellas las siguientes:

(a) recibir y tramitar las comunicaciones oficiales de la Comisión;

(b) preparar los proyectos de presupuesto para examen por la Comisión en sus períodos de sesiones ordinarias;

(c) preparar, para presentarlo a la Comisión en sus períodos de sesiones ordinarios, un informe de las actividades de la Comisión y de su programa de labores, y adoptar medidas para la publicación posterior de este informe y de las actas de la Comisión;

Hoheitsgewalt über die Fischerei auszuüben, trifft jede Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet und in diesen Gewässern hinsichtlich aller Personen und Schiffe und außerhalb dieser Gewässer hinsichtlich ihrer eigenen Staatsangehörigen und Schiffe geeignete Maßnahmen, um die Anwendung dieses Übereinkommens und der Empfehlungen der Kommission, die für sie gelten, sicherzustellen und eine Verletzung dieser Empfehlungen zu ahnden.

(2) Die Vertragsparteien verpflichten sich, zusammenzuarbeiten, um wirksame Maßnahmen zur Anwendung dieses Übereinkommens und zur Erreichung seiner Ziele zu ergreifen.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich ferner, zusammenzuarbeiten, um auf Empfehlung der Kommission ein internationales Kontrollsystem für die Anwendung derjenigen Empfehlungen einzuführen, welche die Kommission dafür auswählt; es erstreckt sich jedoch nicht auf Gewässer, in denen ein Staat nach dem Völkerrecht befugt ist, Hoheitsgewalt über die Fischerei auszuüben. Die Annahme und Durchführung einer derartigen Empfehlung richtet sich nach den Artikeln VIII und IX.

(4) Die Vertragsparteien übermitteln der Kommission alle zwei Jahre oder zu den von der Kommission vorgeschriebenen Zeitpunkten einen Bericht über die von ihnen nach diesem Artikel getroffenen Maßnahmen.

Artikel XI

(1) Die Kommission wird sich bemühen, mit anderen internationalen Organisationen, die verwandte Ziele haben, insbesondere mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, Übereinkünfte zu schließen und Arbeitsabsprachen durchzuführen, um eine wirksame Zusammenarbeit und Koordinierung zu gewährleisten und Doppelarbeit zu vermeiden.

(2) Die Kommission kann jede geeignete internationale Organisation und die Regierung jedes Staates, der nach Artikel XVII Vertragspartei dieses Übereinkommens werden kann, jedoch nicht Mitglied der Kommission ist, einladen, sich als Beobachter auf den Tagungen der Kommission oder ihrer Nebenorgane vertreten zu lassen.

Artikel XII

(1) Die Kommission ernennt unter den von ihr festzulegenden Bedingungen einen geschäftsführenden Sekretär.

(2) Der geschäftsführende Sekretär stellt nach Maßgabe der von der Kommission festzulegenden Vorschriften und Bedingungen das Personal der Kommission ein.

(3) Der geschäftsführende Sekretär nimmt die ihm von der Kommission zu übertragenden Aufgaben wahr, insbesondere

a) Empfang und Weitergabe der amtlichen Mitteilungen der Kommission;

b) Vorbereitung der Haushaltsvoranschläge, die von der Kommission auf ihren ordentlichen Tagungen geprüft werden;

c) Vorbereitung eines Berichts über die Tätigkeit der Kommission und das Arbeitsprogramm; Vorlage des Berichts auf den ordentlichen Tagungen der Kommission sowie Veröffentlichung dieses Berichts und der Sitzungsberichte der Kommission;

(d) arranging for the collection and analysis of statistics and other data necessary to accomplish the purposes of this Convention;

(e) preparing for submission to the Commission, and for possible subsequent publication, reports on statistical, biological and other matters;

(f) authorizing the disbursement of funds in accordance with the Commission's budget;

(g) accounting for the funds of the Commission; and

(h) arranging for cooperation with international organizations as provided for under Article XI of this Convention.

Article XIII

1. At each regular session the Commission shall adopt a budget for the following fiscal period and budget estimates for the fiscal period following thereafter. The fiscal period shall be two years. However, should the Commission hold more than one regular session during a fiscal period, it may revise the current budget if required. Subject to the agreement of all Contracting Parties, the Commission may, at any session, adopt a supplementary budget.

2. The contributions to the budget and any supplementary budget to be paid by each Contracting Party shall be payable in such currency or currencies and at such time as the Commission shall decide.

3. The voting rights of any Contracting Party whose arrears of contributions equal or exceed its total contribution falling due in the preceding fiscal period shall be suspended unless the Commission decides otherwise.

4. The Commission may also accept from any private or public sources other contributions for the furtherance of its objectives. Such contributions shall be used and administered in accordance with rules to be adopted by the Commission.

5. The Commission shall arrange for an annual independent audit of its accounts to be made and submitted for review and approval by the Commission.

6. The Commission shall establish a Working Capital Fund to finance operations of the Commission prior to receiving annual contributions, and for such other purposes as the Commission may determine. The Commission shall fix the level of the Fund, assess advances necessary for its establishment, and adopt regulations governing its use.

Article XIV

The Commission shall calculate the contributions to be made by the Contracting Parties to the budget including any supplementary budget according to the following formula:

(a) One third of the total amount of the budget including any supplementary budget shall be contributed by the Contracting Parties in equal parts;

(b) Each Contracting Party shall contribute in respect of each Regional or Stock Committee of which it is a member an amount equivalent to one third of its contribution under subparagraph (a) above. This proportion shall be reduced, if necessary, in order that the total amount contributed by the Contracting Parties

(d) prendre des dispositions pour assurer le rassemblement et l'analyse des statistiques et autres données nécessaires à la réalisation des fins de la présente Convention;

(e) préparer, aux fins de soumission à la Commission et de publication éventuelle, des rapports sur des questions statistiques, biologiques et autres;

(f) autoriser les sorties de fonds conformément au budget de la Commission;

(g) tenir les comptes de la Commission;

(h) assurer la coopération avec les organisations internationales visées à l'article XI de la présente Convention.

Article XIII

1. A chaque session ordinaire, la Commission adopte un budget pour l'exercice financier suivant et un projet de budget pour l'exercice financier qui le suit. La durée de l'exercice financier est de deux ans. Cependant, si la Commission se réunit plus d'une fois en session ordinaire durant un exercice financier, elle peut réviser le budget en cours si cela est nécessaire. Sous réserve de l'accord de toutes les Parties contractantes, la Commission peut, à n'importe quelle session, adopter un budget supplémentaire.

2. Les contributions des Parties contractantes au budget et au budget supplémentaire sont payables dans la ou les monnaies et à la date que détermine la Commission.

3. Le droit de vote de toute Partie contractante dont l'arriéré de contribution est égal ou supérieur à la contribution due par elle pour l'exercice financier précédent est suspendu, sauf décision contraire de la Commission.

4. La Commission peut également accepter, pour la poursuite de ses travaux, d'autres contributions de toute provenance, privée ou publique. Ces contributions seront utilisées et administrées conformément au règlement qu'adoptera la Commission.

5. La Commission fait procéder annuellement à la vérification indépendante de ses comptes. Elle examine et approuve les comptes vérifiés.

6. La Commission constitue un Fonds de roulement destiné à financer ses opérations en attendant le recouvrement des contributions annuelles et à toutes autres fins qu'elle juge nécessaires. La Commission fixe le montant du Fonds, détermine les avances nécessaires à son établissement et adopte les règlements régissant son utilisation.

Article XIV

La Commission calcule les contributions des Parties contractantes au budget et au budget supplémentaire, au moyen de la formule ci-après:

(a) Un tiers du montant total du budget et du budget supplémentaire est financé par les Parties contractantes à parts égales.

(b) Les Parties contractantes versent, pour chaque Comité régional ou Comité d'étude des stocks dont elles font partie, une contribution équivalente au tiers de celles qu'elles versent conformément aux dispositions de l'alinéa a) ci-dessus. Cette proportion sera réduite, si cela est nécessaire, afin que le montant total des

(d) recopilar y analizar los datos estadísticos y de otras clases que sean necesarios para llevar a cabo los propósitos del Convenio;

(e) preparar informes sobre cuestiones estadísticas, biológicas y de otras clases para presentarlos a la Comisión y para su posible publicación posterior;

(f) autorizar el desembolso de fondos de acuerdo con el presupuesto de la Comisión;

(g) llevar la contabilidad de los fondos de la Comisión; y

(h) gestionar la cooperación con las organizaciones internacionales según lo previsto en el Artículo XI del presente Convenio.

d) Vorkehrungen für die Sammlung und Analyse von Statistiken und sonstigen Unterlagen, die für die Erreichung der Ziele dieses Übereinkommens erforderlich sind;

e) Vorbereitung von Berichten über statistische, biologische und sonstige Fragen zur Vorlage bei der Kommission und zur etwaigen späteren Veröfffentlichung;

f) Genehmigung von Ausgaben nach Maßgabe des Haushalts der Kommission;

g) Führen der Bücher der Kommission und

h) Vorkehrungen für die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen nach Artikel XI.

Artículo XIII

1. En cada periodo de sesiones ordinario la Comisión aprobará el presupuesto para el ejercicio económico siguiente y el proyecto de presupuesto para el ejercicio económico posterior. El ejercicio económico será de dos años. Sin embargo, si la Comisión sostuviera más de un período de sesiones ordinario durante un ejercicio económico, podrá revisar el presupuesto actual si fuera necesario. Previo acuerdo de todas las Partes Contratantes, la Comisión podrá aprobar, en cualquiera de sus períodos de sesiones, un presupuesto complementario.

2. Las cuotas del presupuesto y de cualquier presupuesto complementario con que contribuye cada Parte Contratante se pagarán en las fechas y en la moneda o monedas que la Comisión decida.

3. La Comisión suspenderá el derecho al voto de cualquiera de las Partes Contratantes, cuando la cuantía adeudada por dicha Parte Contratante sea igual o exceda a la contribución total que debería haber pagado en el ejercicio económico anterior, a menos que la propia Comisión decida de otra manera.

4. La Comisión, para la prosecución de sus tareas, podrá aceptar también contribuciones de entidades públicas o privadas. Tales contribuciones se emplearán y administrarán de acuerdo con las normas que adopte la Comisión.

5. La Comisión dispondrá que se efectúe una comprobación anual independiente de sus cuentas, cuyo informe será presentado a la Comisión para su examen y aprobación.

6. La Comisión establecerá un Fondo de Operaciones para financiar sus operaciones antes de recibir las contribuciones anuales y para cualesquiera otros fines que la Comisión determine. La Comisión fijará el nivel del fondo, los anticipos necesarios para su establecimiento y aprobará el reglamento por el que haya de regirse su administración.

Artikel XIII

(1) Auf jeder ordentlichen Tagung nimmt die Kommission einen Haushaltsplan für die folgende Haushaltsperiode und einen Haushaltsvoranschlag für die darauf folgende Haushaltsperiode an. Die Haushaltsperiode beträgt zwei Jahre. Hält die Kommission jedoch während einer Haushaltsperiode mehr als eine ordentliche Tagung ab, so kann sie den laufenden Haushalt nötigenfalls revidieren. Mit Zustimmung aller Vertragsparteien kann die Kommission auf jeder Tagung einen Zusatzhaushalt annehmen.

(2) Die Beiträge der Vertragsparteien zum Haushalt und Zusatzhaushalt sind in der oder den Währungen und zu den Zeitpunkten zu zahlen, welche die Kommission bestimmt.

(3) Das Stimmrecht einer Vertragspartei, deren Beitragsrückstände ihren in der vorhergehenden Haushaltsperiode fälligen Gesamtbeitrag erreichen oder überschreiten, wird ausgesetzt, sofern nicht die Kommission etwas anderes beschließt.

(4) Die Kommission kann auch andere Beiträge aus privaten oder öffentlichen Quellen zur Förderung ihrer Zwecke entgegennehmen. Diese Beiträge werden nach den von der Kommission festzusetzenden Vorschriften verwendet und verwaltet.

(5) Die Kommission sorgt dafür, daß jährlich eine unabhängige Prüfung ihrer Bücher durchgeführt und ihr zur Überprüfung und Genehmigung vorgelegt wird.

(6) Die Kommission errichtet einen Betriebsfonds, der bis zum Eingang der Jahresbeiträge zur Finanzierung ihrer Arbeit und für sonstige von ihr für erforderlich erachtete Zwecke verwendet wird. Die Kommission setzt die Höhe des Fonds fest, bestimmt die zu seiner Errichtung erforderlichen Vorauszahlungen und nimmt Vorschriften für seine Verwendung an.

Artículo XIV

La Comisión calculará las cuotas con que habrán de contribuir las Partes Contratantes al presupuesto, incluido cualquier presupuesto complementario, de acuerdo con la fórmula siguiente:

(a) Una tercera parte de la cantidad total del presupuesto, incluido cualquier presupuesto complementario, será aportada por las Partes Contratantes, en partes iguales.

(b) Cada Parte Contratante contribuirá por cada Comité de estudio de poblaciones del cual forma parte, con una suma equivalente a una tercera parte de su cuota de conformidad con el apartado (a) anterior. Esta proporción será reducida, si fuera necesario, a fin de que la suma total de las cuotas pagadas por las

Artikel XIV

Die Kommission berechnet die Beiträge der Vertragsparteien zum Haushalt und zum Zusatzhaushalt wie folgt:

a) Ein Drittel des Gesamtbetrags des Haushalts und des Zusatzhaushalts wird von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen finanziert;

b) jede Vertragspartei zahlt für jeden Regional- oder Bestandsausschuß, dem sie angehört, einen Beitrag in Höhe von einem Drittel ihres Beitrags nach Buchstabe a. Dieser Anteil wird nötigenfalls herabgesetzt, so daß die von den Vertragsparteien nach dem vorliegenden Buchstaben zu leistenden Gesamtbeiträge ein

under this subparagraph shall not exceed one third of the total budget including any supplementary budget;

(c) Any remaining portion of the budget including any supplementary budget shall be contributed by each Contracting Party in the proportion that its nominal catch in the Convention Area bears to the aggregate nominal catch of all Contracting Parties in that Area. In computing this catch the Commission shall take into account all fishes, crustaceans, molluscs and other marine invertebrates, with the exception of such species as may be excluded from the application of this Convention in accordance with Article III. The catch shall be determined on the basis of the average for the last two calendar years for which statistics have been published by the Food and Agriculture Organization of the United Nations.

Article XV

1. The Commission shall determine where its seat shall be situated.

2. The Commission shall have legal personality. It shall, in particular, have capacity to contract, and to acquire and dispose of movable and immovable property.

Article XVI

The provisions of this Convention shall not apply to fishing operations conducted solely for the purpose of scientific investigations, by vessels authorized by a Contracting Party for that purpose, or to fish taken in the course of such operations. However, fish so taken shall not be sold, or exposed or offered for sale in violation of a recommendation of the Commission.

Article XVII

1. This Convention shall be open for signature by the Government of any State represented at the Conference which adopted the Convention, or by the Government of any other State which is a Member of the United Nations or of any specialized agency of the United Nations.

2. Signature of this Convention shall be subject to ratification, acceptance or approval.

3. Once this Convention has entered into force, any State referred to in paragraph 1 of this Article which has not signed the Convention or any other State unanimously invited by the Commission to become a party to the Convention may adhere to it.

4. Instruments of ratification, acceptance, approval or adherence shall be deposited with the Director-General of the Food and Agriculture Organization of the United Nations, hereinafter referred to as the "Depositary".

5. Ratification, acceptance, approval or adherence may not be made subject to any reservation.

Article XVIII

1. This Convention shall enter into force on the thirtieth day following the date of deposit of at least four instruments of ratification, acceptance or approval, provided that the weight of the aggregate nominal catch in the Convention Area of the countries having deposited

contributions versées par les Parties contractantes en vertu du présent alinéa ne dépasse pas un tiers du montant total du budget et du budget supplémentaire.

(c) Chaque Partie contractante contribue au financement du reste du budget et du budget supplémentaire dans une proportion égale à celle de ses prises nominales dans la zone de la Convention par rapport au total des prises nominales de toutes les Parties contractantes dans ladite zone. Pour établir ce total, la Commission tient compte de tous les poissons, crustacés, mollusques et autres invertébrés marins, à l'exception des espèces auxquelles la présente Convention ne s'applique pas, conformément aux dispositions de l'article III. Les prises sont déterminées sur la base de la moyenne des deux dernières années civiles pour lesquelles des statistiques ont été publiées par l'Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture.

Article XV

1. La Commission détermine l'emplacement de son siège.

2. La Commission a la personnalité juridique. Elle peut notamment conclure des contrats, acquérir des biens mobiliers et immobiliers et en disposer.

Article XVI

Les dispositions de la présente Convention ne s'appliquent ni aux opérations de pêche menées uniquement dans un but de recherche scientifique par des navires habilités à cet effet par une Partie contractante, ni aux poissons pris au cours de telles opérations. Cependant, le poisson capturé dans ces conditions ne doit être ni vendu, ni exposé ou offert à la vente en infraction à une recommandation de la Commission.

Article XVII

1. La présente Convention est ouverte à la signature du Gouvernement de tout État représente à la Conférence qui a adopté la Convention ou du Gouvernement de tout État Membre de l'Organisation des Nations Unies ou de l'une quelconque des institutions spécialisées de cette Organisation.

2. La signature de la présente Convention sera sujette à ratification, acceptation ou approbation.

3. Après l'entrée en vigueur de la présente Convention, tout État visé au paragraphe 1 du présent article et qui n'aura pas signé la Convention, ou tout autre État que la Commission invitera à l'unanimité à devenir Partie à la Convention, pourra y adhérer.

4. Les instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion seront déposés auprès du Directeur général de l'Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture, ci-après dénommé «le dépositaire».

5. La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion ne peuvent faire l'objet d'aucune réserve.

Article XVIII

1. La présente Convention entrera en vigueur le trentième jour qui suivra le dépôt d'au moins quatre instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation, pour autant que le poids total des prises nominales effectuées dans la zone de la Convention par les pays qui ont

Partes Contratantes conforme a este apartado, no exceda de un tercio del presupuesto total, incluido el presupuesto complementario, si lo hubiere.

(c) Cualquier porción restante del presupuesto, incluido cualquier presupuesto complementario, será aportada por cada Parte Contratante en la Proporción de su captura nominal en el Area del Convenio con respecto a la captura nominal total de todas las Partes Contratantes en esa Area. Al computar esa captura, la Comisión tendrá en cuenta todos los peces, crustáceos y moluscos y demás invertebrados marinos, con excepción de las especies que puedan excluirse de la aplicación de este Convenio en virtud del Artículo III. La captura se determinará sobre la base del promedio de los dos últimos años civiles cuyas estadísticas haya publicado la Organización de las Naciones Unidas para la Agricultura y la Alimentación.

Drittel des Gesamtbetrags des Haushalts und des Zusatzhaushalts nicht überschreiten;

c) jede Vertragspartei zahlt zur Finanzierung des verbleibenden Teils des Haushalts und des Zusatzhaushalts einen Anteil, der dem Anteil ihres nominalen Fangs im Übereinkommensbereich an der Gesamtmenge der nominalen Fänge aller Vertragsparteien in dem betreffenden Bereich entspricht. Bei der Berechnung dieser Gesamtmenge berücksichtigt die Kommission alle Fische, Krustentiere, Weichtiere und sonstigen wirbellosen Meerestiere mit Ausnahme der Arten, auf die dieses Übereinkommen nach Artikel III keine Anwendung findet. Der Fang wird auf der Grundlage des Durchschnitts der beiden letzten Kalenderjahre ermittelt, für welche die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen Statistiken veröffentlicht hat.

Artículo XV

1. La Comisión determinará el lugar de su sede.

2. La Comisión tendrá la condición de persona jurídica. Podrá, en particular, suscribir contratos y adquirir y enajenar bienes muebles e inmuebles.

Artikel XV

(1) Die Kommission bestimmt, wo sich ihr Sitz befinden soll.

(2) Die Kommission besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie kann insbesondere Verträge abschließen sowie bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern.

Artículo XVI

Las disposiciones de este Convenio no se aplicarán a las operaciones de pesca realizadas únicamente con fines de investigación científica y efectuadas por barcos autorizados por una Parte Contratante para tal finalidad, ni al pescado capturado en el curso de esas operaciones, pero éste no podrá ser vendido, expuesto u ofrecido en venta, en contravención con cualquier recomendación de la Comisión.

Artikel XVI

Dieses Übereinkommen findet keine Anwendung auf Fischfangunternehmungen, die ausschließlich zum Zweck wissenschaftlicher Untersuchungen von Schiffen durchgeführt werden, die von einer Vertragspartei hierzu ermächtigt sind, oder auf Fische, die im Verlauf dieser Maßnahmen gefangen werden. Jedoch dürfen die hierbei gefangenen Fische nicht verkauft, feilgehalten oder zum Verkauf angeboten werden, wenn dadurch eine Empfehlung der Kommission verletzt wird.

Artículo XVII

1. El presente Convenio quedará abierto a la firma del Gobierno de cualquier Estado representado en la Conferencia que lo hubiera aprobado, o del Gobierno de cualquier otro Estado que sea miembro de las Naciones Unidas o de cualquiera de sus Organismos Especializados.

2. La firma de este Convenio quedará sujeta a la ratificación, aceptación o aprobación.

3. Una vez que el presente Convenio haya entrado en vigor, podrá adherirse a él cualquiera de los Estados indicados en el párrafo 1 de este Artículo que no hubiese firmado el Convenio, o cualquier otro Estado al que la Comisión invite por unanimidad a formar parte del Convenio.

4. Los instrumentos de ratificación, aceptación, aprobación o adhesión se depositarán ante el Director General de la Organización de las Naciones Unidas para la Agricultura y la Alimentación denominado en adelante el "Depositario".

5. Las ratificaciones, aceptaciones, aprobaciones o adhesiones no podrán estar sujetas a reserva alguna.

Artikel XVII

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Regierung jedes auf der Konferenz vertretenen Staates, der das Übereinkommen angenommen hat, und für die Regierung jedes anderen Staates, der Mitglied der Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen ist, zur Unterzeichnung auf.

(2) Die Unterzeichnung dieses Übereinkommens erfolgt vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung.

(3) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann jeder in Absatz 1 bezeichnete Staat, der es nicht unterzeichnet hat, und jeder andere Staat, den die Kommission einstimmig eingeladen hat, Vertragspartei des Übereinkommens zu werden, diesem beitreten.

(4) Die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden werden beim Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, im folgenden als „Verwahrer" bezeichnet, hinterlegt.

(5) Bei der Ratifikation, der Annahme, der Genehmigung oder dem Beitritt darf kein Vorbehalt gemacht werden.

Artículo XVIII

1. El presente Convenio entrará en vigor a los treinta días de haberse depositado al menos cuatro instrumentos de ratificación, aceptación o aprobación, siempre que el peso de la captura global nominal en el Area del Convenio, de los países que hayan depositado esos instru-

Artikel XVIII

(1) Dieses Übereinkommen tritt am dreißigsten Tag nach Hinterlegung von mindestens vier Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden in Kraft, sofern das Gesamtgewicht des im Übereinkommensbereich getätigten nominellen Fangs der Staaten, die diese Urkun-

such instruments amounts to at least seven hundred thousand metric tons on the basis of the statistics published by the Food and Agriculture Organization of the United Nations for the year one thousand nine hundred and sixty-eight.

2. After the entry into force of this Convention in accordance with paragraph 1 of this Article, the Convention shall enter into force for each State whose Government deposits an instrument of ratification, acceptance, approval or adherence on the thirtieth day following the date on which such instrument is received by the Depositary.

Article XIX

1. Any Contracting Party may propose amendments to this Convention which shall be referred to the Commission for approval at a regular or special session. Proposals for the amendment of the Convention shall be communicated to the Depositary who shall inform the Contracting Parties thereof. Any amendment shall take effect for each Contracting Party accepting the amendment on the ninetieth day after its acceptance by three fourths of the Contracting Parties and thereafter for each remaining Contracting Party on the day on which the Depositary receives the notification of such acceptance.

2. Any State which becomes a Contracting Party after an amendment to this Convention has been proposed for acceptance pursuant to the provisions of this Article shall be bound by the Convention as amended when the said amendment comes into force.

Article XX

At any time after ten years from the date of entry into force of this Convention, any Contracting Party may withdraw from the Convention by giving written notification of withdrawal. Withdrawal shall take effect on December thirty-first of the calendar year following the year in which notification of withdrawal was communicated to the Depositary.

Article XXI

1. The Depositary shall inform the Governments of the States referred to in paragraphs 1 and 3 of Article XVII:

(a) of the signature of this Convention and of the deposit of instruments of ratification, acceptance, approval or adherence in accordance with Article XVII;

(b) of the date on which the Convention will come into force in accordance with paragraph 1 of Article XVIII.

2. Depositary shall inform all Contracting Parties:

(a) of proposals for the amendment of the Convention, notification of acceptance of such amendments and the entry into force of amendments, in accordance with Article XIX;

(b) of notification of withdrawal made in accordance with Article XX.

3. The original of this Convention shall be deposited with the Depositary who shall send certified copies thereof to the Governments of the States eligible to become parties to this Convention in accordance with Article XVII.

DONE AT ROME this twenty-third of October one thousand nine hundred and sixty-nine, in a single copy in the English, French and Spanish languages, each version being equally authoritative.

déposé ces instruments s'élève à sept cent mille tonnes métriques au minimum, en se fondant sur les statistiques établies par l'Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture pour l'année mil neuf cent soixante-huit.

2. Après l'entrée en vigueur de la présente Convention conformément aux dispositions du paragraphe 1 du présent article, la Convention prendra effet, pour chaque État dont le Gouvernement déposera un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, le trentième jour suivant le jour où cet instrument sera reçu par le dépositaire.

Article XIX

1. Toute Partie contractante peut proposer des amendements à la présente Convention qui seront soumis à la Commission, pour approbation, au cours d'une session ordinaire ou extraordinaire. Toute proposition d'amendement de la Convention sera communiquée au dépositaire qui en informera les Parties contractantes. Tout amendement prend effet, pour chaque Partie contractante qui l'a accepté, le quatre-vingt-dixième jour qui suit son acceptation par les trois quarts des Parties contractantes, et, pour chacune des autres, à compter du jour où le dépositaire reçoit notification de cette acceptation.

2. Tout État qui devient Partie contractante après qu'un amendement à la présente Convention ait été proposé à l'acceptation conformément aux dispositions du présent article, est lié par la Convention modifiée par l'amendement en question dès que celui-ci prend effet.

Article XX

À tout moment après l'expiration d'un délai de dix ans à compter de la date à laquelle la présente Convention sera entrée en vigueur, toute Partie contractante pourra dénoncer la Convention en donnant par écrit une notification de dénonciation. La dénonciation entrera en vigueur le trente et un décembre de l'année civile suivant celle au cours de laquelle la notification de dénonciation a été transmise au dépositaire.

Article XXI

1. Le dépositaire notifie aux Gouvernements des États visés aux paragraphes 1 et 3 de l'article XVII:

(a) la signature de la présente Convention et le dépôt des instruments de ratification, d'approbation, d'acceptation ou d'adhésion, conformément aux dispositions de l'article XVII;

(b) la date à laquelle la Convention entrera en vigueur, conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article XVIII.

2. Le dépositaire communique à toutes les Parties contractantes:

(a) les propositions d'amendement à la Convention, la notification de l'acceptation de ces amendements et de l'entrée en vigueur de ceux-ci, conformément aux dispositions de l'article XIX;

(b) les notifications de dénonciation faites conformément aux dispositions de l'article XX.

3. L'original de la présente Convention est déposé auprès du dépositaire, qui en fait tenir copie certifiée conforme aux Gouvernements des États qui peuvent devenir Parties à la Convention en vertu des dispositions de l'article XVII.

FAIT A ROME ce vingt-trois octobre mil neuf cent soixante-neuf en un seul exemplaire en langues anglaise, française et espagnole, les trois textes faisant également foi.

mentos alcance por lo menos a setecientas mil toneladas métricas, sobre la base de las estadísticas producidas por la Organización de las Naciones Unidas para la Agricultura y la Alimentación para el año 1968.

2. Después de entrar en vigor conforme al párrafo 1 de este Artículo, el Convenio surtirá efecto respecto de cada Estado cuyo Gobierno deposite su instrumento de ratificación, aceptación, aprobación o adhesión a los treinta días de la fecha en que el Depositario reciba tal instrumento.

den hinterlegt haben, mindestens siebenhunderttausend metrische Tonnen beträgt, wobei die von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen für das Jahr neunzehnhundertachtundsechzig veröffentlichten Statistiken zugrunde zu legen sind.

(2) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens gemäß Absatz 1 tritt das Übereinkommen für jeden Staat, dessen Regierung eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt, am dreißigsten Tag nach Eingang dieser Urkunde beim Verwahrer in Kraft.

Artículo XIX

1. Cualquier Parte Contratante podrá proponer enmiendas a este Convenio, que deberán remitirse a la Comisión para que las apruebe en un período de sesiones ordinario o extraordinario. Las propuestas de enmienda del Convenio se transmitirán al Depositario, que las comunicará a las Partes Contratantes. Cualquier enmienda surtirá efecto para las Partes Contratantes que la hayan aceptado a los noventa días de aceptada por los tres cuartos de las Partes Contratantes y a partir de entonces, para cada una de las Partes Contratantes restantes, el día en que el Depositario reciba la notificación de dicha aceptación.

2. Todo Estado que llegue a ser Parte Contratante después que una enmienda al presente Convenio haya sido propuesta para aceptación, de conformidad con las disposiciones de este Artículo, quedará obligado por el Convenio, tal como haya sido modificado, cuando la enmienda en cuestión entre en vigor.

Artikel XIX

(1) Jede Vertragspartei kann Änderungen dieses Übereinkommens vorschlagen, die der Kommission auf einer ordentlichen oder außerordentlichen Tagung zur Genehmigung vorzulegen sind. Vorschläge zur Änderung des Übereinkommens werden dem Verwahrer übermittelt, der die Vertragsparteien entsprechend unterrichtet. Eine Änderung wird für jede Vertragspartei, welche sie annimmt, am neunzigsten Tag nach ihrer Annahme durch drei Viertel der Vertragsparteien und für jede der übrigen Vertragsparteien an dem Tag wirksam, an dem der Verwahrer die Notifikation einer solchen Annahme enthält.

(2) Für jeden Staat, der Vertragspartei wird, nachdem eine Änderung dieses Übereinkommens nach diesem Artikel zur Annahme vorgeschlagen worden ist, wird das Übereinkommen in seiner geänderten Fassung verbindlich, sobald diese Änderung in Kraft tritt.

Artículo XX

Transcurridos diez años a partir de la fecha de la entrada en vigor del presente Convenio, toda Parte Contratante podrá retirarse del mismo mediante notificación por escrito. La retirada tendrá efecto el treinta y uno de diciembre del año calendario siguiente a aquel en que la notificación de la retirada se haya transmitido al Depositario.

Artikel XX

Nach Ablauf von zehn Jahren, nachdem dieses Übereinkommen in Kraft getreten ist, kann jede Vertragspartei das Übereinkommen durch schriftliche Notifikation jederzeit für sich kündigen. Die Kündigung wird am 31. Dezember des Kalenderjahres wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem die Kündigungsnotifikation dem Verwahrer übermittelt wurde.

Artículo XXI

1. El Depositario informará a los Gobiernos de los Estados indicados en los párrafos 1 y 3 del Artículo XVII:

(a) de la firma del presente Convenio y del depósito de los instrumentos de ratificación, aceptación, aprobación o adhesión, de conformidad con el Artículo XVII;

(b) de la fecha en que el Convenio entrará en vigor de acuerdo con el párrafo 1 del Artículo XVIII.

2. El Depositario informará a todas las Partes Contratantes:

(a) de las propuestas de enmienda del Convenio, de la notificación de aceptación de tales enmiendas y de la entrada en vigor de las enmiendas, de acuerdo con el Artículo XIX;

(b) de la notificación de retirada efectuada de acuerdo con el Artículo XX.

3. El texto original del presente Convenio lo conservará el Depositario, quien enviará copias certificadas a todos los Gobiernos de los Estados que tengan derecho a formar parte del presente Convenio de acuerdo con el Artículo XVII.

HECHO EN ROMA el día veintitrés de octubre de mil novecientos sesenta y nueve en una sola copia en los idiomas español, francés e inglés, siendo cada una de las versiones igualmente auténticas.

Artikel XXI

(1) Der Verwahrer notifiziert den Regierungen der in Artikel XVII Absätze 1 und 3 bezeichneten Staaten

a) die Unterzeichnung dieses Übereinkommens und die Hinterlegung von Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden nach Artikel XVII;

b) den Zeitpunkt, an dem das Übereinkommen nach Artikel XVIII Absatz 1 in Kraft tritt.

(2) Der Verwahrer unterrichtet alle Vertragsparteien

a) über Vorschläge zur Änderung des Übereinkommens, die Notifikation der Annahme dieser Änderungen und deren Inkrafttreten nach Artikel XIX;

b) über die Notifikation der Kündigung nach Artikel XX.

(3) Die Urschrift dieses Übereinkommens wird beim Verwahrer hinterlegt; dieser übermittelt den Regierungen der Staaten, die nach Artikel XVII Vertragsparteien des Übereinkommens werden können, beglaubigte Abschriften.

GESCHEHEN ZU ROM am 23. Oktober 1969 in einer Urschrift in englischer, französischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Protokoll zur Änderung des Übereinkommens vom 20. Dezember 1962 über den Schutz des Lachsbestandes in der Ostsee

Die Vertragsparteien des am 20. Dezember 1962 in Stockholm unterzeichneten Übereinkommens über den Schutz des Lachsbestandes in der Ostsee, im folgenden als „Übereinkommen" bezeichnet, haben auf die Empfehlung vom 6. März 1969 des nach Artikel 10 des Übereinkommens errichteten Ständigen Ausschusses folgendes vereinbart:

Artikel I

Artikel 5 Absatz 1 des Übereinkommens erhält folgende Fassung:

„Die Vertragsparteien werden nicht zulassen, daß bei der Lachsfischerei Schwimmschleppnetze benutzt werden. Gleichfalls werden die Vertragsparteien nicht zulassen, daß bei der Lachsfischerei mit Treibnetzen und Treibangeln Geräte benutzt werden, die andere als die nachstehend vorgeschriebenen Maße haben."

Artikel II

Als Artikel 5 a) des Übereinkommens wird folgende Bestimmung eingefügt:

„Die Vertragsparteien werden nicht zulassen, daß die Lachsfischerei mit Treibnetzen oder Treibangeln in internationalen Gewässern im Anwendungsbereich des Übereinkommens vom 1. Juni bis zum 25. August (beide Tage einschließend) und in dem gesamten Anwendungsbereich des Übereinkommens vom 20. Dezember bis zum 10. Januar (beide Tage einschließend) ausgeübt wird.

Jede Vertragspartei wird Vorschriften erlassen, die verbieten, Lachse, die in diesen Gebieten mit Treibnetzen oder Treibangeln gefangen worden sind, in diesen Zeiträumen anzulanden."

Artikel III

In Artikel 6 des Übereinkommens wird folgender Absatz angefügt:

„Absatz 1 gilt nicht für Lachse, die innerhalb der schwedischen Basislinie nördlich des 60. Breitengrades mit stehenden Geräten gefangen werden."

Protokol om ændring af overenskomst af 20. december 1962 angående beskyttelse af laksebestanden i Østersøen

De kontraherende parter, der har indgået den i Stockholm den 20. december 1962 undertegnede overenskomst angående beskyttelse af laksebestanden i Østersøen, i det følgende betegnet som "overenskomst", er i henhold til en den 6. marts 1969 af den i henhold til artikel 10 i overenskomsten oprettede stående kommission vedtagen rekommandation enedes om følgende:

Artikel I

Artikel 5, stk. 1 i overenskomsten får følgende affattelse:

"De kontraherende parter vil ikke tillade, at der ved laksefiskeriet anvendes flydetrawl. De kontraherende parter vil heller ikke tillade, at der ved laksefiskeriet med drivgarn og krogliner anvendes redskaber, der har andre mål end nedenfor angivet."

Artikel II

Som artikel 5 a) i overenskomsten indføjes følgende bestemmelse:

"De kontraherende parter vil ikke tillade, at laksefiskeri med drivgarn eller krogliner udøves i internationalt farvand inden for det område, hvor overenskomsten finder anvendelse, fra 1. juni indtil 25. august (begge dage inclusive) og i det samlede område, hvor overenskomsten finder anvendelse, fra 20. december til 10. januar (begge dage inclusive).

Hver af de kontraherende parter vil udstede forskrifter, som forbyder i disse tidsrum at lande laks, som er fanget inden for nævnte områder med drivgarn eller krogliner."

Artikel III

I overenskomstens artikel 6 tilføjes følgende stykke:

"Stk. 1 gælder ikke med hensyn til laks, som er fanget med faststående redskaber inden for den svenske basislinie nord for den 60. breddegrad."

Protokoll om ändring av överenskommelse den 20 december 1962 rörande skydd för beståndet av lax i Östersjön

De fördragsslutande parter som ingått den i Stockholm den 20 december 1962 undertecknade överenskommelsen rörande skydd för beståndet av lax i Östersjön, i det följande betecknad "överenskommelse", har efter rekommendation den 6 mars 1969 av det enligt artikel 10 i överenskommelsen upprättade ständiga utskottet enats om följande.

Artikel I

Artikel 5 första stycket i överenskommelsen får följande lydelse:

"De fördragsslutande parterna skola inte tillåta att vid laxfiske användes flyttrål, ej heller att vid laxfiske med nät eller krok användes redskap med andra mått än som nedan angives."

Artikel II

Som artikel 5 a) i överenskommelsen införes följande bestämmelse:

"De fördragsslutande parterna skola inte tillåta att laxfiske med drivgarn eller drivlinor utövas på internationellt vatten inom det område, där överenskommelsen är tillämplig, från och med 1 juni till och med 25 augusti och inom hela det område, där överenskommelsen gäller, från och med 20 december till och med 10 januari.

Var och en av de fördragsslutande parterna skall utfärda föreskrifter, vilka under angivna tider förbjuda landning av lax, som fångats inom dessa områden med drivgarn eller drivlinor."

Artikel III

Till överenskommelsens artikel 6 lägges följande stycke:

"Första stycket gäller inte i fråga om lax, som fångats med fasta redskap innanför den svenska baslinjen norr om 60 breddgraden."

Artikel IV

(1) Artikel 10 Absatz 2 Satz 2 des Übereinkommens erhält folgende Fassung:

„Der Ausschuß soll ferner unter Berücksichtigung des zur Verfügung stehenden Materials über die Zweckmäßigkeit von Änderungen oder Ergänzungen dieses Übereinkommens beraten und erforderlichenfalls der Verwahrregierung entsprechende Vorschläge unterbreiten."

(2) Als Artikel 10 a) des Übereinkommens wird folgende Bestimmung eingefügt:

„Die Verwahrregierung leitet jeden bei ihr eingegangenen Vorschlag nach Artikel 10 Absatz 2 den Vertragsparteien zur Prüfung zu. Die Vertragsparteien notifizieren der Verwahrregierung ihre Annahme des Vorschlages und die Verwahrregierung notifiziert den vertragschließenden Regierungen jede ihr mitgeteilte Annahme unter Angabe ihres Eingangsdatums.

Der Vorschlag wird für alle Vertragsparteien 4 Monate nach dem Tag wirksam, an dem bei der Verwahrregierung die Notifizierungen über seine Annahme durch alle Vertragsparteien vorliegen."

Artikel V

(1) Dieses Protokoll wird jeder Vertragspartei des Übereinkommens zur Unterzeichnung und Ratifikation vorgelegt.

(2) Dieses Protokoll tritt an dem Tag in Kraft, an dem von allen Vertragsparteien des Übereinkommens bei der Regierung des Königreiches Schweden Ratifikationsurkunden hinterlegt worden sind.

(3) Jeder Staat, der dem Übereinkommen beitritt, nachdem dieses Protokoll zur Unterschrift aufgelegt worden ist, tritt damit zugleich auch diesem Protokoll bei.

(4) Die Regierung des Königreiches Schweden unterrichtet alle Regierungen, die das Übereinkommen unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, von der Hinterlegung aller Ratifikationsurkunden sowie über den Zeitpunkt, zu dem dieses Protokoll in Kraft tritt.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten nach Hinterlegung ihrer Vollmachten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen in Stockholm am 21. Januar 1972 in deutscher, dänischer und schwedischer Fassung, deren Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die bei der Regierung des Königreiches Schweden hinterlegt wird.

Artikel IV

(1) Artikel 10, stk. 2, pkt. 2 får følgende affattelse:

"Kommissionen skal endvidere på grundlag af foreliggende materiale drøfte formålstjenligheden af ændringer i og tilføjelser til denne overenskomst og om fornødent forelægge depositar-regeringen passende forslag."

(2) Som artikel 10 a) i overenskomsten indføjes følgende bestemmelser:

"Depositar-regeringen videresender ethvert i henhold til artikel 10, stk. 2 modtaget forslag til de kontraherende parter til overvejelse. De kontraherende parter underretter depositar-regeringen om deres godkendelse af forslaget, og depositar-regeringen underretter de kontraherende regeringer om hver godkendelse, som den har modtaget meddelelse om, med angivelse af datoen for godkendelsens fremkomst.

Forslaget træder i kraft for alle kontraherende parter 4 måneder efter den dag, på hvilken underretning om godkendelse fra alle kontraherende parter foreligger hos depositarregeringen."

Artikel V

(1) Denne protokol forelægges for hver af overenskomstens kontraherende parter til undertegnelse og ratifikation.

(2) Denne protokol træder i kraft den dag, hvor alle overenskomstens kontraherende parter har deponeret ratifikationsinstrumenter hos Kongeriget Sveriges regering.

(3) Hver stat, der tiltræder overenskomsten, efter at denne protokol er forelagt til undertegnelse, tiltræder samtidig også denne protokol.

(4) Kongeriget Sveriges regering underretter alle regeringer, som har undertegnet overenskomsten eller har tiltrådt denne, om deponering af alle ratifikationsinstrumenter såvel som om det tidspunkt, på hvilket denne protokol træder i kraft.

Til bekræftelse har undertegnede efter deponering af deres fuldmagter undertegnet denne protokol.

Udfærdiget i Stockholm den 21. januar 1972 i dansk, svensk og tysk affattelse, hvis ordlyd har samme gyldighed, i et originaleksemplar, som deponeres hos Kongeriget Sveriges regering.

Artikel IV

1. Artikel 10 andra stycket punkt 2 i överenskommelsen får följande lydelse:

"Kommissionen skall framdeles på grundval av föreliggande material dryfta ändamålsenligheten av ändringar i eller tillägg till denna överenskommelse och om så krävs förelägga depositarieregeringen däremot svarande förslag."

2. Som artikel 10 a) i överenskommelsen införes följande bestämmelse:

"Depositarieregeringen vidarebefordrar varje enligt artikel 10 andra stycket mottaget förslag till de fördragsslutande parternas övervägande. De fördragsslutande parterna underrättar depositarieregeringen om sitt godkännande av förslaget och depositarieregeringen underrättar de fördragsslutande regeringarna om varje godkännande, som den har mottagit meddelande om, med angivande av datum för mottagandet av godkännandet.

Förslaget träder i kraft för alla fördragsslutande parter fyra månader efter den dag, då underrättelsen om dess antagande av alla fördragsslutande parter föreligger hos depositarieregeringen."

Artikel V

1. Detta protokoll föreläggcs varje fördragsslutande part till undertecknande och ratifikation.

2. Detta protokoll träder i kraft den dag, då alla fördragsslutande parter har deponerat sina ratifikationsinstrument hos Konungariket Sveriges regering.

3. Varje stat, som ansluter sig till överenskommelsen, sedan detta protokoll är framlagt för undertecknande, biträder därmed samtidigt även detta protokoll.

4. Konungariket Sveriges regering underrättar alla regeringar som har undertecknat överenskommelsen eller biträtt densamma om deponeringen av alla ratifikationsinstrument liksom om den tidpunkt, då detta protokoll träder i kraft.

Till bekräftelse har undertecknade efter deponering av sina fullmakter undertecknat detta protokoll.

Som skedde i Stockholm den 21 januari 1972 på svenska, danska och tyska språken, vilka texter har samma vitsord, i ett originalexemplar, som skall deponeras hos Konungariket Sveriges regering.

Konvention über die Fischerei und den Schutz der lebenden Ressourcen in der Ostsee und den Belten

Convention on Fishing and Conservation of the Living Resources in the Baltic Sea and the Belts

Die Vertragschließenden Staaten haben

- in dem Bewußtsein, daß eine maximale und gleichbleibende Produktivität der lebenden Ressourcen der Ostsee und der Belte große Bedeutung für die Ostseeanliegerstaaten hat,
- in der Erkenntnis ihrer gemeinsamen Verantwortung für den Schutz der lebenden Ressourcen und für ihre rationelle Nutzung,
- in der Überzeugung, daß der Schutz der lebenden Ressourcen der Ostsee und der Belte eine engere und verstärkte Zusammenarbeit in diesem Gebiet erfordert,

folgendes vereinbart:

Artikel I

Die Vertragschließenden Staaten

- arbeiten eng mit dem Ziel zusammen, die lebenden Ressourcen der Ostsee und der Belte zu schützen und zu mehren, eine optimale Ausbeute zu erzielen und zu diesem Zweck insbesondere die Forschung zu erweitern und zu koordinieren,
- bereiten organisatorische und technische Vorhaben für den Schutz und das Wachstum der lebenden Ressourcen vor und führen sie durch, einschließlich von Maßnahmen der künstlichen Reproduktion wertvoller Fischarten, und/oder beteiligen sich daran mit finanziellen Mitteln auf gerechter und gleicher Grundlage; sie treffen auch andere Maßnahmen zur rationellen und wirksamen Nutzung der lebenden Ressourcen.

Artikel II

1. Der Bereich, auf den sich diese Konvention erstreckt, im folgenden „Konventionsbereich" genannt, umfaßt die gesamten Gewässer der Ostsee und der Belte mit Ausnahme der Binnengewässer, die im Westen von der Linie begrenzt werden, die von Kap Hasenöre bis Gniben, von Korshage bis Spodsbjerg und von Kap Gilbjerg bis zum Kullen verläuft.

2. Diese Konvention findet auf alle Fischarten und andere lebende Meeresressourcen im Konventionsbereich Anwendung.

Artikel III

Nichts in dieser Konvention darf so ausgelegt werden, daß dadurch die Rechte, Ansprüche oder Auffassungen eines Vertragschließenden Staates in bezug auf die Grenzen der Territorialgewässer und den Bereich der Fischereihoheit in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht berührt werden.

The States Parties to this Convention

- bearing in mind that maximum and stable productivity of the living resources of the Baltic Sea and the Belts is of great importance to the States of the Baltic Sea basin,
- recognizing their joint responsibility for the conservation of the living resources and their rational exploitation,
- being convinced that the conservation of the living resources of the Baltic Sea and the Belts calls for closer and more expanded co-operation in this region,

have agreed as follows:

Article I

The Contracting States shall:

- co-operate closely with a view to preserving and increasing the living resources of the Baltic Sea and the Belts and obtaining the optimum yield, and, in particular to expanding and co-ordinating studies towards these ends,
- prepare and put into effect organizational and technical projects on conservation and growth of the living resources, including measures of artificial reproduction of valuable fish species and/or contribute financially to such measures, on a just and equitable basis, as well as take other steps towards rational and effective exploitation of the living resources.

Article II

1. The area to which this Convention applies, hereinafter referred to as "the Convention area", shall be all waters of the Baltic Sea and the Belts, excluding internal waters, bounded in the west by a line as from Hasenore Head to Gniben Point, from Korshage to Spodsbierg and from Gilbierg Head to the Kullen.

2. This Convention shall apply to all fish species and other living marine resources in the Convention Area.

Article III

Nothing in this Convention shall be deemed to affect the rights, claims or views of any Contracting State in regard to the limits of territorial waters and to the extent of jurisdiction over fisheries, according to international law.

Artikel IV

Im Sinne dieser Konvention bedeutet der Begriff „Schiff" jedes für den Fang oder die Verarbeitung von Fisch oder anderen Meeresorganismen eingesetzte Schiff oder Boot, das im Territorium eines Vertragschließenden Staates registriert, dort im Besitz ist oder dessen Flagge führt.

Article IV

For the purpose of this Convention the term "vessel" means any vessel or boat employed in catching or treating fish or other living marine organisms and which is registered or owned in the territory of, or which flies the flag of, any Contracting State.

Artikel V

1. Für die Zwecke dieser Konvention wird hiermit eine Internationale Kommission für die Fischerei in der Ostsee und den Belten, im folgenden „Kommission" genannt, gebildet.

2. Jeder Vertragschließende Staat kann höchstens zwei Vertreter als Mitglieder der Kommission sowie zu deren Unterstützung Experten und Berater nach eigenem Ermessen ernennen.

3. Die Kommission wählt aus den Reihen ihrer Mitglieder für einen Zeitraum von vier Jahren einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden, deren Wiederwahl möglich ist, jedoch nicht für zwei aufeinanderfolgende Amtsperioden. Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende werden aus den Reihen der Vertreter verschiedener Vertragschließender Staaten gewählt.

4. Ein zum Vorsitzenden gewähltes Kommissionsmitglied beendet seine Tätigkeit als Vertreter seines Staates und darf nicht an Abstimmungen teilnehmen. Der betreffende Staat hat das Recht, an Stelle des Vorsitzenden einen anderen Vertreter zu ernennen.

Article V

1. An International Baltic Sea Fishery Commission, hereinafter referred to as "the Commission", is hereby established for the purposes of this Convention.

2. Each Contracting State may appoint not more than two representatives as members of the Commission and such experts and advisers to assist them as that State may determine.

3. The Commission shall elect a Chairman and a Vice-Chairman from amongst its members who shall serve for a period of four years and who shall be eligible for re-election, but not for two consecutive terms of office. The Chairman and the Vice-Chairman shall be elected from the representatives of different Contracting States.

4. A member of the Commission elected as its Chairman shall forthwith cease to act as a representative of a State and shall not vote. The State concerned shall have the right to appoint another representative to serve in the Chairman's place.

Artikel VI

1. Das Büro der Kommission befindet sich in Warschau.

2. Die Kommission ernennt ihren Sekretär und nach Bedarf geeignetes Personal zu seiner Unterstützung.

3. Die Kommission beschließt eine Geschäftsordnung und andere Bestimmungen, die sie für ihre Arbeit für erforderlich hält.

Article VI

1. The Office of the Commission shall be in Warsaw.

2. The Commission shall appoint its Secretary and as it may require appropriate staff to assist him.

3. The Commission shall adopt its rules of procedure and other provisions which the Commission shall consider necessary for its work.

Artikel VII

1. Die Kommission beschließt ihre Finanzregeln.

2. Die Kommission beschließt einen Zweijahreshaushalt der vorgeschlagenen Ausgaben sowie Kostenanschläge für die folgende Finanzperiode.

3. Die Gesamthöhe des Haushalts, einschließlich jedes Zusatzhaushalts, wird von den Vertragschließenden Staaten zu gleichen Teilen bestritten.

4. Jeder Vertragschließende Staat trägt die Kosten, die sich aus der Teilnahme seiner Vertreter, Experten und Berater in der Kommission ergeben.

Article VII

1. The Commission shall adopt its financial rules.

2. The Commission shall adopt a two years budget of proposed expenditures and budget estimates for the fiscal period following thereafter.

3. The total amount of the budget including any supplementary budget shall be contributed by the Contracting State in equal parts.

4. Each Contracting State shall pay the expenses related to the participation in the Commission of its representatives, experts and advisers.

Artikel VIII

1. Sofern die Kommission nicht etwas anderes beschließt, tritt sie alle zwei Jahre zu einem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt in Warschau zu Tagungen zusammen. Der Vorsitzende der Kommission beruft auf Antrag eines Vertreters eines Vertragschließenden Staates in der Kommission, wenn dieser Antrag von einem Vertreter eines anderen Vertragschließenden Staates unterstützt wird, so bald wie möglich eine außerordentliche Tagung an einem von ihm bestimmten Ort und zu der von ihm festgelegten Zeit ein, spätestens jedoch drei Monate nach Stellung des Antrags.

Article VIII

1. Except where the Commission decides otherwise, it shall hold its sessions every two years in Warsaw at such time as it shall deem suitable. Upon the request of a representative of a Contracting State in the Commission, provided it is endorsed by a representative of another Contracting State, the Chairman of the Commission shall, as soon as possible, summon an extraordinary session at such time and place as he determines, however not later than three months from the date of the submission of the request.

2. Die erste Tagung der Kommission wird von der Depositarregierung dieser Konvention einberufen und soll innerhalb von neunzig Tagen nach dem auf das Inkrafttreten dieser Konvention folgenden Tag stattfinden.

3. Jeder Vertragschließende Staat hat eine Stimme in der Kommission. Beschlüsse sowie Empfehlungen der Kommission werden mit Zweidrittelmehrheit der Stimmen der an der Tagung anwesenden und an der Abstimmung teilnehmenden Vertragschließenden Staaten angenommen.

4. Die Arbeitssprache der Kommission ist englisch. Die Sprachen der Unterzeichnerstaaten sind offizielle Sprachen der Kommission. Nur Empfehlungen, Beschlüsse und Resolutionen der Kommission werden in diesen Sprachen abgefaßt. Auf Zusammenkünften der Kommission hat jeder Vertragschließende Staat das Recht, alle Vorgänge in seine eigene Sprache übersetzen zu lassen. Alle mit solchen Übersetzungen verbundenen Kosten werden von diesem Staat getragen.

Artikel IX

1. Aufgabe der Kommission ist:

a) die Beobachtung der lebenden Ressourcen und des Fischfangs im Konventionsbereich durch die Sammlung, Verarbeitung, Analyse und Verbreitung statistischer Angaben, zum Beispiel über den Fang, den Fischereiaufwand und andere Informationen,

b) die Ausarbeitung von Vorschlägen zur Koordinierung der wissenschaftlichen Forschung im Konventionsbereich,

c) die Vorbereitung von Empfehlungen und ihre Vorlage zur Behandlung durch die Vertragschließenden Staaten, die, soweit durchführbar, auf den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschungen beruhen und Maßnahmen betreffen, die in Artikel X erwähnt werden.

2. Bei der Ausübung ihrer Funktionen nimmt die Kommission, wenn zweckmäßig, die Dienste des Internationalen Rats für Meeresforschung (ICES) und anderer internationaler technischer und wissenschaftlicher Organisationen in Anspruch und nutzt Informationen, die von offiziellen Stellen der Vertragschließenden Staaten zur Verfügung gestellt werden.

3. Die Kommission kann Arbeitsgruppen oder andere Hilfsorgane für die Ausübung ihrer Funktionen bilden sowie deren Zusammensetzung und Zuständigkeit festlegen.

Artikel X

Maßnahmen, die sich auf die Ziele dieser Konvention beziehen und welche die Kommission behandeln und zu denen sie den Vertragschließenden Staaten Empfehlungen unterbreiten kann, sind:

a) Maßnahmen zur Regelung der Fanggeräte, Vorrichtungen und Fangmethoden,

b) Maßnahmen zur Regelung der Größenbegrenzung der Fische, die an Bord von Schiffen zurückbehalten, angelandet, zum Verkauf ausgestellt oder angeboten werden dürfen,

c) Maßnahmen zur Festsetzung von Schonzeiten,

d) Maßnahmen zur Festsetzung von Schongebieten,

e) Maßnahmen zur Verbesserung und Vergrößerung der lebenden Meeresressourcen, einschließlich der künstlichen Vermehrung und Verpflanzung von Fischen und anderen Meeresorganismen,

f) Maßnahmen zur Regelung der Höhe des Gesamtfangergebnisses und/oder dessen Aufteilung auf die Vertragschließenden Staaten oder des Fischereiaufwandes nach Objekten, Arten, Gebieten und Fangzeiten,

2. The first session of the Commission shall be called by the Depositary Government of this Convention and shall take place within a period of ninety days from the date following the entry into force of this Convention.

3. Each Contracting State shall have one vote in the Commission. Decisions and recommendations of the Commission shall be taken by a twothirds majority of votes of the Contracting States, present and voting at the meeting.

4. English shall be the working language of the Commission. The languages of the Signatory States are the official languages of the Commission. Only recommendations, decisions and resolutions of the Commission shall be made in these languages. At meetings of the Commission any Contracting State has the right to have all the proceedings translated into its own language. All the costs related to such translations shall be borne by that State.

Article IX

1. It shall be the duty of the Commission:

a) to keep under review the living resources and the fisheries in the Convention area by collecting, aggregating, analysing and disseminating statistical data, for example concerning catch, fishing effort, and other information,

b) to work out proposals with regard to co-ordination of scientific research in the Convention area,

c) to prepare and submit recommendations based as far as practicable on results of the scientific research and concerning measures referred to in Article X for consideration of the Contracting States.

2. In implementing its functions, the Commission shall, when appropriate, seek the services of the International Council for the Exploration of the Sea (ICES) and of other international technical and scientific organizations and shall make use of information provided by the official bodies of the Contracting States.

3. To perform its functions the Commission may set up working groups or other subsidiary bodies and determine their composition and terms of reference.

Article X

Measures relating to the purposes of this Convention which the Commission may consider and in regard of which it may make recommendations to the Contracting States are:

a) any measures for the regulation of fishing gear, appliances and catching methods,

b) any measures regulating the size limits of fish that may be retained on board vessels or landed, exposed or offered for sale,

c) any measures establishing closed seasons,

d) any measures establishing closed areas,

e) any measures improving and increasing the living marine resources, including artificial reproduction and transplantation of fish and other organisms,

f) any measures regulating and/or allocating between the Contracting States the amount of total catch or the amount of fishing effort according to objects, kinds, regions and fishing periods,

g) Maßnahmen zur Kontrolle der Durchführung der für die Vertragschließenden Staaten bindenden Empfehlungen,

h) andere Maßnahmen zum Schutz und zur rationellen Nutzung der lebenden Meeresressourcen.

Artikel XI

1. Nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Artikels verpflichten sich die Vertragschließenden Staaten jede von der Kommission gemäß Artikel X dieser Konvention beschlossene Empfehlung zu dem Zeitpunkt in Kraft zu setzen, der von der Kommission festgelegt wurde; er darf jedoch nicht vor dem Ablauf der in diesem Artikel vorgesehenen Frist für Einwendungen liegen.

2. Jeder Vertragschließende Staat kann innerhalb von neunzig Tagen nach der Notifizierung einer Empfehlung Einspruch dagegen erheben und ist in diesem Falle nicht verpflichtet, sie in Kraft zu setzen.

Ein Vertragschließender Staat kann seinen Einspruch jederzeit zurückziehen und die Empfehlung in Kraft setzen.

Wird innerhalb der Frist von neunzig Tagen Einspruch erhoben, so kann jeder andere Vertragschließende Staat innerhalb einer weiteren Frist von sechzig Tagen ebenfalls Einspruch erheben.

3. Erheben drei oder mehr Vertragschließende Staaten gegen eine Empfehlung Einspruch, so sind die anderen Vertragschließenden Staaten damit von jeder Verpflichtung entbunden, diese Empfehlung in Kraft zu setzen.

4. Die Kommission notifiziert jedem Vertragschließenden Staat sofort nach Eingang jeden Einspruch oder seine Rücknahme.

Artikel XII

1. Jeder Vertragschließende Staat trifft hinsichtlich seiner Staatsangehörigen und seiner Schiffe geeignete Maßnahmen, um die Anwendung dieser Konvention und der Empfehlungen der Kommission, die für den Vertragschließenden Staat bindend geworden sind, zu gewährleisten und wird im Falle ihrer Verletzung entsprechend einschreiten.

2. Unbeschadet der souveränen Rechte der Vertragschließenden Staaten in bezug auf ihre Territorialgewässer und der Rechte in ihren Fischereizonen, wendet jeder Vertragschließende Staat durch seine zuständigen nationalen Stellen die ihn bindenden Empfehlungen der Kommission innerhalb seiner Territorialgewässer und in den unter seiner Fischereihoheit stehenden Gewässern an.

3. Jeder Vertragschließende Staat übermittelt der Kommission zu der von ihr festgelegten Zeit und in der von ihr verlangten Form die verfügbaren statistischen Angaben und die in Artikel IX Absatz 1 a aufgeführten Informationen sowie Informationen über alle von diesem Staat gemäß Absatz 1 und 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen.

Artikel XIII

Die Kommission macht jeden Staat, der nicht Mitglied dieser Konvention ist, auf solche Fischereitätigkeiten seiner Staatsangehörigen oder Schiffe im Konventionsbereich aufmerksam, welche die Arbeit der Kommission oder die Verwirklichung der Ziele dieser Konvention beeinträchtigen können.

Artikel XIV

Die Bestimmungen dieser Konvention finden keine Anwendung auf Tätigkeiten, die ausschließlich zu wissenschaftlichen Forschungszwecken durch die von den

g) any measures of control over the implementation of recommendations binding on the Contracting States,

h) any other measures related to the conservation and rational exploitation of the living marine resources.

Article XI

1. Subject to the provisions of this Article, the Contracting States undertake to give effect to any recommendation made by the Commission under Article X of this Convention from the date determined by the Commission, which shall not be before the period for objection provided for in this Article has elapsed.

2. Any Contracting State may within ninety days from the date of notification of a recommendation object to it and in that event shall not be under obligation to give effect to that recommendation.

A Contracting State may also at any time withdraw its objection and give effect to a recommendation.

In the event of an objection being made within the ninety-days period, any other Contracting State may similarly object at any time within a further period of sixty days.

3. If objections to a recommendation are made by three or more Contracting States, the other Contracting States shall be relieved forthwith of any obligation to give effect to that recommendation.

4. The Commission shall notify each Contracting State immediately upon receipt of each objection or withdrawal.

Article XII

1. Each Contracting State shall take in regard to its nationals and its vessels appropriate measures to ensure the application of the provisions of this Convention and of the recommendations of the Commission which have become binding for the Contracting State and in case of their infringement shall take appropriate action.

2. Without prejudice to the sovereign rights of the Contracting States in regard to their territorial sea and to the rights in their fishing zones, each Contracting State shall implement recommendations of the Commission binding on that State through its national authorities, within its territorial sea and in the waters under its fisheries jurisdiction.

3. Each Contracting State shall furnish to the Commission at such time and in such form as may be required by the Commission, the available statistical data and information referred to in Article IX paragraph 1 (a), as well as information on all actions taken by it in accordance with paragraphs 1 and 2 of this Article.

Article XIII

The Commission shall draw the attention of any State which is not a party to this Convention to such fishing operations, undertaken by its nationals or vessels in the Convention area, which might affect negatively the activities of the Commission or the implementation of the purposes of this Convention.

Article XIV

The provisions of this Convention shall not apply to operations conducted solely for the purpose of scientific investigations by vessels authorized by a Contracting

Vertragschließenden Staaten dazu bevollmächtigten Schiffe ausgeführt werden und auch nicht auf die während dieser Tätigkeiten gefangenen Fische und anderen Meeresorganismen. Die auf diese Weise gefangenen Fische und anderen Meeresorganismen dürfen nicht verkauft, zum Verkauf ausgestellt oder angeboten werden.

State for that purpose, or to fish and other marine organisms taken in the course of such operations. Catch so taken shall not be sold, exposed or offered for sale.

Artikel XV

1. Die Kommission arbeitet mit anderen internationalen Organisationen zusammen, die ähnliche Ziele verfolgen.

2. Die Kommission kann jede in Frage kommende internationale Organisation oder die Regierung jedes Staates, der nicht Mitglied dieser Konvention ist, einladen, als Beobachter an den Tagungen der Kommission oder an den Sitzungen ihrer Hilfsorgane teilzunehmen.

Article XV

1. The Commission shall co-operate with other international organizations having related objectives.

2. The Commission may extend an invitation to any international organization concerned or to the Government of any State, not a party to this Convention, to participate as an observer in the sessions of the Commission or meetings of its subsidiary bodies.

Artikel XVI

1. Jeder Vertragschließende Staat kann Änderungen dieser Konvention vorschlagen. Jede vorgeschlagene Änderung wird der Depositarregierung unterbreitet, die allen Vertragschließenden Staaten davon Mitteilung macht, welche ihrerseits nach Erhalt der Mitteilung die Depositarregierung sobald wie möglich über die Annahme oder Ablehnung der Änderung in Kenntnis setzen. Die Änderung tritt am neunzigsten Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Depositarregierung die Notifizierung über die Annahme dieser Änderung von allen Vertragschließenden Staaten erhalten hat.

2. Jeder Staat, der nach Inkrafttreten einer Änderung gemäß Absatz 1 dieses Artikels der Konvention beitritt, ist verpflichtet, die Konvention in der geänderten Fassung anzuwenden.

Article XVI

1. Each Contracting State may propose amendments to this Convention. Any such proposed amendment shall be submitted to the Depositary Government and communicated by it to all Contracting States, which shall inform the Depositary Government about either their acceptance or rejection of the amendment as soon as possible after the receipt of the communication. The amendment shall enter into force ninety days after the Depositary Government has received notifications of acceptance of that amendment from all Contracting States.

2. Each State which shall become a party to this Convention after the entry into force of an amendment in accordance with the provisions of paragraph 1 of this Article, is obliged to apply the Convention as amended.

Artikel XVII

1. Diese Konvention bedarf der Ratifikation oder Genehmigung durch die Unterzeichnerstaaten. Die Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden werden bei der Regierung der Volksrepublik Polen hinterlegt, welche die Aufgaben der Depositarregierung wahrnimmt.

2. Diese Konvention liegt für jeden Staat zum Beitritt auf, der am Schutz und an der rationellen Nutzung der lebenden Ressourcen in der Ostsee und den Belten interessiert ist, vorausgesetzt, daß dieser Staat von den Vertragschließenden Staaten eingeladen wird. Beitrittsurkunden werden bei der Depositarregierung hinterlegt.

Article XVII

1. This Convention shall be subject to ratification or approval by the Signatory States. Instruments of ratification or instruments of approval shall be deposited with the Government of the Polish People's Republic which shall perform the functions of the Depositary Government.

2. This Convention shall be open for accession to any State interested in preservation and rational exploitation of living resources in the Baltic Sea and the Belts, provided that this State is invited by the Contracting States. Instruments of accession shall be deposited with the Depositary Government.

Artikel XVIII

1. Diese Konvention tritt am neunzigsten Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die vierte Ratifikations- oder Genehmigungsurkunde hinterlegt wurde.

2. Nach Inkrafttreten dieser Konvention gemäß Absatz 1 dieses Artikels tritt die Konvention für jeden anderen Staat, dessen Regierung eine Ratifikations-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt hat, am dreißigsten Tage nach Hinterlegung einer solchen Urkunde bei der Depositarregierung in Kraft.

Article XVIII

1. This Convention shall enter into force on the ninetieth day following the date of the deposit of the fourth instrument of ratification or approval.

2. After entry into force of this Convention in accordance with paragraph 1 of this Article, the Convention shall enter into force for any other State, the Government of which has deposited an instrument of ratification, approval or accession, on the thirtieth day following the date of deposit of such instrument with the Depositary Government.

Artikel XIX

Nach Ablauf von fünf Jahren nach Inkrafttreten dieser Konvention kann jeder Vertragschließende Staat durch schriftliche Mitteilung an die Depositarregierung jederzeit aus dieser Konvention austreten.

Der Austritt wird für diesen Vertragschließenden Staat am 31. Dezember des Jahres wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem der Austritt der Depositarregierung notifiziert wurde.

Article XIX

At any time after the expiration of five years from the date of entry into force of this Convention any Contracting State may, by giving written notice to the Depositary Government, withdraw from this Convention.

The withdrawal shall take effect for such Contracting State on the thirtyfirst of December of the year which follows the year in which the Depositary Government was notified of the withdrawal.

Artikel XX

1. Die Depositarregierung unterrichtet alle Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten:

a) von der Unterzeichnung dieser Konvention und von der Hinterlegung jeder Ratifikations-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde sowie von abgegebenen Erklärungen,

b) vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Konvention,

c) von Änderungsvorschlägen zur Konvention, von Annahmenotifizierungen und vom Inkrafttreten solcher Änderungen,

d) von Notifizierungen des Austritts.

2. Die Urschrift dieser Konvention wird bei der Regierung der Volksrepublik Polen hinterlegt, die beglaubigte Kopien davon den Regierungen aller Unterzeichnerstaaten und aller beitretenden Staaten übermittelt.

3. Die Depositarregierung läßt diese Konvention beim Sekretariat der Vereinten Nationen registrieren.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten diese Konvention unterschrieben.

GESCHEHEN am 13. September 1973 in einer Urschrift in dänisch, finnisch, deutsch, polnisch, russisch, schwedisch und englisch, wobei jede Fassung gleichermaßen authentisch ist.

Article XX

1. The Depositary Government shall inform all Signatory and Acceding States:

a) of signatures of this Convention and deposit of each instrument of ratification, approval or accession, as well as of submitted declarations,

b) of the date of entry into force of this Convention,

c) of proposals relating to amendments to the Convention, notifications of acceptance and of the entry into force of such amendments,

d) of notifications of withdrawal.

2. The original of this Convention shall be deposited with the Government of the Polish People's Republic, which shall transmit certified copies thereof to the Government of all Signatory States and of all States which accede to this Convention.

3. The Depositary Government shall register this Convention with the Secretariat of the United Nations.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries, being duly authorized thereto, have signed this Convention.

DONE at Gdańsk this thirteenth day of September, one thousand nine hundred and seventy three, in a single copy drawn up in the Danish, Finnish, German, Polish, Russian, Swedish and English languages, each text being equally authentic.

Denkschrift

A. Zum Übereinkommen zur Erhaltung der lebenden Schätze des Südostatlantiks.

I. Allgemeines

Das Übereinkommen zur Erhaltung der lebenden Schätze des Südostatlantiks wurde unter Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland in der Zeit vom 14.—23. Oktober 1969 auf einer von der FAO einberufenen Konferenz in Rom ausgehandelt und unter dem Vorbehalt der Ratifikation außer von der Bundesrepublik Deutschland von folgenden Staaten unterzeichnet: Belgien, Italien, Japan, Kuba, Portugal, Spanien, Sowjetunion und Südafrika.

Folgende Unterzeichnerstaaten haben das Übereinkommen bisher ratifiziert: Belgien, Italien, Japan, Kuba, Portugal, Spanien, die Sowjetunion und Südafrika. Den Beitritt zum Übereinkommen haben erklärt: Bulgarien, die Deutsche Demokratische Republik, Frankreich, Israel und Polen. Das Abkommen ist seit dem 24. Oktober 1971 in Kraft. Es dient der optimalen und rationellen Nutzung der Fischvorkommen im Südostatlantik. In diesem Bereich hatte die intensive und bis zum Abschluß des Übereinkommens völlig unkontrollierte Fangtätigkeit zu einer so starken Auslichtung der Fischbestände geführt, daß die Notwendigkeit einer internationalen Regulierung unabweisbar geworden war. In dem Übereinkommen ist die Bildung einer Internationalen Fischerei-Kommission für den Südostatlantik vorgesehen, die die Fischvorkommen im Übereinkommensgebiet und die Auswirkungen der Fischerei wissenschaftlich untersuchen soll und befugt ist, den Mitgliedstaaten geeignete Maßnahmen zur Regulierung der Fischerei (z. B. durch Mindestgrößen der Netzmaschen, Schonzeiten, gemeinsame Kontrolle u. dergl.) zu empfehlen.

Die Vorschriften des Übereinkommens lehnen sich weitgehend an die des Internationalen Übereinkommens über die Fischerei im Nordwestatlantik (Bundesgesetzbl. 1957 II S. 265) und des Übereinkommens über die Fischerei im Nordostatlantik (Bundesgesetzbl. 1963 II S. 157) an. Die Bundesrepublik Deutschland ist Mitglied der auf Grund dieser Übereinkommen errichteten Fischerei-Kommissionen; nach Auffassung der Bundesregierung hat sich die Arbeit dieser Kommissionen trotz einzelner Fehlschläge im ganzen für die Erhaltung und bestmögliche Nutzung der Fischbestände bewährt. Die Bundesregierung erwartet, daß auch nach der Neuordnung des Seerechts nach Abschluß der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen die internationalen Fischereiorganisationen einen wichtigen Beitrag zur Erforschung, Erhaltung und bestmöglichen Nutzung von Fischbeständen leisten werden.

Die Anlandungen von Fischereifahrzeugen aus der Bundesrepublik Deutschland aus dem Südostatlantik bewegten sich in den letzten Jahren in einer Größenordnung von 2 000 t. Da die Schiffe aus der Bundesrepublik Deutschland aber seit 1966 in diesem Gebiet kontinuierlich gefischt haben (Höchstfang 1967: 10 500 t), kann bei einer durch erste Erhaltungsmaßnahmen der Kommission eingeleiteten Erholung der Seehechtbestände dieses Gebiets auch bei einer späteren Quotenregelung mit einem angemessenen Fanganteil für die Bundesrepublik Deutschland gerechnet werden.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen des Übereinkommens

Zu Artikel I

Absatz 1 umreißt den räumlichen Geltungsbereich des Übereinkommens. Absatz 2 sieht für die Ostgrenze des Übereinkommensgebietes eine Revisionsklausel für den Fall vor, daß für den angrenzenden Bereich ebenfalls ein Übereinkommen ausgearbeitet wird.

Zu Artikel II

Diese Vorschrift stellt klar, daß das Übereinkommen die Grenzen der Hoheitsgewässer und Fischereizonen unberührt läßt.

Zu Artikel III

Grundsätzlich erstreckt sich das Übereinkommen auf alle Fische und lebenden Schätze im Übereinkommensgebiet. Um jedoch Doppelarbeit zu vermeiden und die Zusammenarbeit und Koordinierung zu gewährleisten, kann die Kommission mit geeigneten internationalen Organisationen Vereinbarungen oder Abkommen treffen, durch die bestimmte Fische oder sonstige lebende Schätze aus dem Geltungsbereich des Übereinkommens herausgenommen werden.

Zu den Artikeln IV und V

Die in Artikel IV vorgesehene Internationale Kommission für die Fischerei im Südostatlantik (Kommission) hat sich mittlerweile konstituiert und bereits drei ordentliche sowie eine außerordentliche Tagung abgehalten. Die Bundesrepublik Deutschland war bei den ordentlichen Tagungen durch Beobachter vertreten und hat in den zwischenzeitlich geschaffenen Ausschüssen mitgearbeitet.

In der Kommission, die mindestens alle zwei Jahre zu einer ordentlichen Sitzung zusammentreten soll, steht jedem Vertragsstaat eine Stimme zu. Soweit nichts anderes bestimmt ist, bedürfen die Beschlüsse der Kommission der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien.

Zu Artikel VI

Die Kommission kann ihre Hauptaufgabe, Maßnahmen zur Erhaltung der Fischbestände und sonstigen lebenden Schätze zu empfehlen, nur dann sachgerecht erfüllen, wenn sie sich auf wissenschaftliche Daten stützt. Durch Artikel VI ist ihr deshalb die Verpflichtung auferlegt worden; alle Fische und sonstigen lebenden Schätze im Übereinkommensbereich zu untersuchen.

Bei der Erfüllung dieser Aufgabe soll sie die technischen und wissenschaftlichen Dienste der Vertragsparteien und deren Informationen nutzen. Eine eigene unabhängige Forschung ist unter bestimmten Voraussetzungen im Rahmen eines Zusatzhaushaltes möglich.

Zu Artikel VII

Die Kommission ist befugt, Regional- und Bestandsausschüsse einzusetzen. Sie hat dieses Recht bereits genutzt. Hierdurch wird eine Spezialisierung ermöglicht, die die Qualität der Kommissionsarbeit erhöht. Alle Staaten, die an der Fischerei in einem bestimmten Untergebiet oder an der Befischung der besonders hervorgehobenen Bestände ein begründetes Interesse haben, sind in den Ausschüssen vertreten. Die Ausschüsse können für das Untergebiet oder den Bestand, für den sie eingesetzt sind, Maßnahmen vorschlagen und Empfehlungsentwürfe ausarbeiten.

Von der Möglichkeit, einen wissenschaftlichen Beirat einzusetzen, der die Kommission und ihre Ausschüsse in wissenschaftlicher Hinsicht berät und unterstützt, ist bereits Gebrauch gemacht worden.

Zu Artikel VIII

In dieser Vorschrift sind die Gegenstände der Empfehlungskompetenz der Kommission beschrieben. Die Empfehlungen können betreffen: Die Regelungen der Maschengrößen und Fanggeräte, Mindestgrößen der Fische, Schonzeiten, Schongebiete, Maßnahmen zur Verbesserung und Vermehrung der lebenden Meeresschätze (z. B. künstliche Fortpflanzung). Die Kommission ist weiterhin berechtigt, die Höhe des Gesamtfanges zu regeln und jede sonstige Maßnahme zu treffen, die unmittelbar mit der Erhaltung der lebenden Schätze zusammenhängt. Gibt die Kommission eine Empfehlung über die Beschränkung des Gesamtfanges, so kann sie die im Einzelfall betroffenen Vertragsparteien auffordern, sich — ggfs. in Fühlungnahme mit in Betracht kommenden Drittstaaten — über die Aufteilung der Globalquoten zu einigen. Die Kommission ist befugt, auf der Grundlage solcher Übereinkünfte Empfehlungen für die Aufteilung der Quote auszusprechen.

Zu Artikel IX

Die Bestimmung verpflichtet die Vertragsparteien, jede im Einklang mit dem Übereinkommen zustande gekommene Empfehlung in Kraft zu setzen. Allerdings kann die Kommission keinem Mitgliedstaat Maßnahmen aufzwingen. Nach Artikel IX Absatz 2 steht jeder Vertragspartei das Recht zu, gegen eine Empfehlung Einspruch einzulegen. Geschieht dies, entfällt die Verpflichtung, die Empfehlung in Kraft zu setzen. Ein solcher Einspruch hat weiter zur Folge, daß auch die übrigen Mitgliedstaaten in gleicher Weise der Empfehlung ausweichen können. Sofern drei oder mehr Vertragsstaaten wirksam Einspruch einlegen, werden alle übrigen Vertragsstaaten ohne weiteres von ihrer Bindung an die betreffende Empfehlung frei. Das schließt jedoch nicht aus, daß einzelne Staaten sich darüber einigen, die Empfehlung im Verhältnis untereinander dennoch anzuwenden.

Zu Artikel X

Um die Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens sowie der verbindlich gewordenen Empfehlungen der Kommission sicherzustellen, müssen die Mitgliedstaaten Durchführungsvorschriften erlassen, die Kontrollmaßnahmen vorsehen und Strafandrohungen für Zuwiderhandlungen enthalten. Liegen entsprechende Kommissionsempfehlungen vor, sind die Vertragsstaaten zudem verpflichtet, bei der Einführung internationaler Kontrollsysteme mitzuwirken. Allerdings erstrecken sich diese Kontrollsysteme nicht auf die Hoheitsgewässer der Vertragsstaaten.

Zu Artikel XI

Die Kommission wird mit anderen internationalen Organisationen, die verwandte Ziele haben, insbesondere der FAO, zusammenarbeiten, um eine Konzentration der Kräfte zu erreichen.

Zu Artikel XII

Da die Kommission nur von Zeit zu Zeit zusammentritt, ist zur Erledigung der laufenden Arbeiten ein geschäftsführender Sekretär vorgesehen. Dieser stellt nach Maßgabe der von der Kommission festzulegenden Vorschriften das Personal ein. Er bereitet weiterhin die Haushaltsvoranschläge vor sowie den Tätigkeitsbericht und das Arbeitsprogramm der Kommission, die Berichte über statistische, biologische und sonstige Fragen und trifft Vorkehrungen für die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen sowie die Sammlung von Analysen und sonstigen Unterlagen. Zu seinem Aufgabenbereich gehört weiterhin die Genehmigung der Ausgaben nach Maßgabe des Kommissionshaushaltes.

Zu den Artikeln XIII und XIV

Die Haushaltsperiode der Kommission beträgt zwei Jahre. Die Beiträge der Vertragsparteien zum Haushalt und Zusatzhaushalt (Gesamtbetrag) bestimmen sich wie folgt:

Ein Drittel des Gesamtbetrages wird von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen finanziert. Weiterhin ist je ein Drittel des auf die einzelnen Vertragsparteien nach dem vorstehenden entfallenden Betrages für die Mitgliedschaft in jedem Regional- oder Bestandsausschuß abzuführen, wobei allerdings dann eine anteilige Kürzung stattfindet, wenn die Summe der auf diese Weise ermittelten Beiträge aller Vertragsstaaten mehr als ein Drittel des Ge-

samthaushaltes ausmacht. Der verbleibende Restbetrag wird in der Weise finanziert, daß jede Vertragspartei den Anteil bezahlt, der dem Anteil ihres nominalen Fanges im Übereinkommensbereich an der Gesamtmenge der nominalen Fänge aller Vertragsparteien in dem betreffenden Bereich entspricht.

Zu Artikel XV

Die Kommission hat Madrid zu ihrem Sitz bestimmt.

Zu Artikel XVI

Durch diese Vorschrift werden Fischfangunternehmen, die ausschließlich wissenschaftlichen Zwecken dienen, aus dem Anwendungsbereich des Übereinkommens herausgenommen. Hierdurch ist sichergestellt, daß die Erforschung der Meeresschätze weder durch die Vorschriften des Übereinkommens noch durch Kommissionsempfehlungen beeinträchtigt oder verhindert wird. Um Mißbräuche auszuschließen, ist es unzulässig, die auf Forschungsfahrten gefangenen Fische zu verkaufen, feilzuhalten oder zum Verkauf anzubieten, wenn dadurch eine Empfehlung der Kommission verletzt wird.

Zu den Artikeln XVII und XVIII

Das Übereinkommen ist am 24. Oktober 1971 in Kraft getreten, nachdem Japan, Portugal, die Sowjetunion und Südafrika ihre Ratifikationsurkunden hinterlegt hatten.

Zu Artikel XIX

Das Übereinkommen kann durch Kommissionsentscheid geändert werden. Die Änderung setzt eine Mehrheit von drei Vierteln der Vertragsparteien voraus. Sie wird für den einzelnen Vertragsstaat, unbeschadet der Regelung nach Absatz 2, nur dann wirksam, wenn er sie ausdrücklich annimmt.

Zu Artikel XX

Das Abkommen kann erstmalig zum 31. Dezember 1982 gekündigt werden.

Zu Artikel XXI

Als Verwahrer ist die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) bestimmt worden.

B. Zum Protokoll vom 21. Januar 1972 zur Änderung des Übereinkommens vom 20. Dezember 1962 über den Schutz des Lachsbestandes in der Ostsee

I. Allgemeines

Durch das Protokoll wird das Übereinkommen zwischen dem Königreich Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden vom 20. Dezember 1962 über den Schutz des Lachsbestandes in der Ostsee (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 1113) ergänzt. Dem Übereinkommen ist am 16. Juni 1971 auch die Volksrepublik Polen beigetreten (Bekanntmachung vom 21. Oktober 1971 — Bundesgesetzbl. II S. 1271 —).

Die in dem Übereinkommen getroffenen Regelungen zum Schutz des Lachsbestandes (insbesondere Festlegung eines Mindestmaßes für den Lachs sowie Regelung der Beschaffenheit von Fanggeräten) haben sich, wie die sinkenden Fangergebnisse und bestandskundliche Untersuchungen zeigten, als nicht ausreichend erwiesen. Dies wird auch aus der Abnahme der Durchschnittsgewichte von gefangenem Lachs deutlich. Auf Vorschlag des gemäß Artikel 10 des Übereinkommens gebildeten Ständigen Ausschusses haben die Vertragsparteien daher weitere Fangbeschränkungen vereinbart. Auf diese Weise soll gewährleistet werden, daß nur größere marktfähige Lachse in angemessenem Umfang gefangen werden und der Lachsbestand dadurch gesichert wird.

Die Empfehlungen zu weiteren Beschränkungen der Lachsfischerei gehen insbesondere auf Anregungen Schwedens zurück. In Schweden wird durch künstliche Erbrütung und Aufzucht von Junglachs maßgeblich zur Erhaltung des Lachsbestandes beigetragen. Die Regulierungsmaßnahmen kommen der gesamten Lachsfischerei zugute und sind auch für die deutsche Kutterfischerei annehmbar.

Auf die Denkschrift zu dem Übereinkommen über den Schutz des Lachsbestandes in der Ostsee vom 20. Dezember 1962 (Bundesrats-Drucksache 14/65, Bundestags-Drucksache IV/3257) wird hingewiesen.

Im übrigen hat der auf Grund des Übereinkommens errichtete Ständige Ausschuß, einer Bitte der Kommission für die Fischerei in der Ostsee und den Belten (siehe Abschnitt C der Denkschrift) folgend, beschlossen, daß nach der Ratifikation des Protokolls durch die Bundesrepublik Deutschland die Regeln des durch das Protokoll geänderten Übereinkommens in die auf Grund der Konvention über die Fischerei und den Schutz der lebenden Ressourcen in der Ostsee und den Belten zu erlassenden Fischereiregeln aufgenommen werden sollen. Durch die Ratifikation des Protokolls wird daher die Möglichkeit geschaffen, die Maßnahmen zur Erhaltung und bestmöglichen Nutzung aller Fischbestände der Ostsee auf eine Kommission zu konzentrieren.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen des Übereinkommens

Zu Artikel I

Die Verwendung von Schwimmschleppnetzen stellt eine den Lachsbestand gefährdende Fangmethode dar. Sie ist zwar gegenwärtig nicht von Bedeutung, doch wird mit dem auf schwedischen Wunsch vereinbarten Verbot einer etwaigen unerwünschten Entwicklung in dieser Richtung vorgebeugt.

Zu Artikel II

Die Einführung einer Schonzeit vom 1. Juni bis 25. August soll dazu dienen, die sommerliche Wachstumsperiode, in der hohe Gewichtszunahmen

erreicht werden, voll auszunutzen. Gleichzeitig wird damit der Fang kleinen Lachses erheblich vermindert. Das zusätzliche Fangverbot vom 20. Dezember bis 10. Januar führt darüber hinaus zu einer weiteren Verringerung der Fischereiintensität.

Zu Artikel III

Die Ausnahmeregelung bezüglich des Mindestmaßes der Lachse betrifft lediglich Teile des schwedischen Küstenmeeres nördlich des 60. Breitengrades und ist für die deutsche Kutterfischerei nicht von Bedeutung. Der Fang von dort vorkommendem untermaßigem Lachs wirkt sich nicht nennenswert auf den Gesamtbestand in der Ostsee aus.

Zu Artikel IV

Die Vorschläge des Ständigen Ausschusses werden nunmehr unmittelbar der Verwahrregierung unterbreitet und von dieser den Vertragsparteien zugeleitet. Mit diesem Verfahren wird eine Beschleunigung der Prüfung und Annahme von Vorschlägen zur Änderung oder Ergänzung des Übereinkommens durch die Vertragsparteien angestrebt.

Zu Artikel V

Dieser Artikel enthält die Bestimmungen über das Inkrafttreten des Protokolls, den Beitritt weiterer Staaten und die Hinterlegung.

C. Zur Konvention über die Fischerei und den Schutz der lebenden Ressourcen in der Ostsee und den Belten.

I. Allgemeines

Die Konvention wurde unter Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland in einer Konferenz der Ostsee-Anlieger-Staaten vom 4.—13. September 1973 in Danzig ausgearbeitet. Unter dem Vorbehalt der Ratifikation wurde die Konvention außer von der Bundesrepublik Deutschland von folgenden Staaten unterzeichnet: Dänemark, Deutsche Demokratische Republik, Finnland, Polen, Schweden, Sowjetunion.

Mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland haben inzwischen alle Unterzeichner-Staaten das Übereinkommen ratifiziert. Es ist seit dem 28. Juli 1974 in Kraft. Es dient der Erhaltung sowie rationellen Nutzung der Fischarten und der anderen lebenden Meeresressourcen in der Ostsee und den Belten.

In der Ostsee und den Belten ist insbesondere in den letzten zwei Jahrzehnten die Fischerei erheblich intensiviert worden. Diese unkoordinierte Intensivierung der Fischerei gefährdete bei den wichtigsten wirtschaftlich genutzten Fischarten die Erzielbarkeit des höchstmöglichen Dauerertrages. Dadurch wurde eine internationale Regulierung notwendig. In dem Übereinkommen ist die Bildung einer internationalen Fischereikommission vorgesehen, die u. a. die Fischbestände im Geltungsbereich des Übereinkommens unter wissenschaftlicher Beobachtung halten, Vorschläge zur Koordinierung der Forschung unterbreiten sowie den Vertragsstaaten Maßnahmen zum Schutz und zur rationellen Nutzung der lebenden Ressourcen empfehlen soll (z. B. mengenmäßige, räumliche und zeitliche Fangbegrenzung, Mindestmaße, Bestimmung der zulässigen Fanggeräte).

Die Fangerträge von Fischereifahrzeugen der Bundesrepublik Deutschland aus dem Übereinkommensbereich betrugen im Durchschnitt der letzten Jahre ca. 35 000 Tonnen. Diese Fangmenge wurde ausschließlich von der Kutterfischerei erzielt und ist gemessen an den Fangerträgen anderer Ostseeanliegerstaaten vergleichsweise niedrig, aber kontinuierlich erzielt worden. Daher kann bei etwaigen Fangbegrenzungen mit einem weiterhin angemessenen Fanganteil für die Fischer aus der Bundesrepublik Deutschland gerechnet werden.

In Anbetracht der seerechtlichen Entwicklung könnten die deutschen Fänge aus der Ostsee und den Belten für die Versorgung des Marktes aus eigenen Fängen sogar zunehmende Bedeutung erlangen. Darüber hinaus dürfte eine Befischung der Ostsee im Sinne einer internationalen Bewirtschaftung der Fischbestände durch die Anliegerstaaten die Existenzgrundlage der deutschen Ostsee-Kutterfischerei sichern helfen.

Die Vorschriften des Übereinkommens lehnen sich weitgehend an die des Übereinkommens über die Fischerei im Nordostatlantik an (Bundesgesetzbl. 1963 II S. 157). Die Geltungsbereiche dieser beiden Übereinkommen grenzen aneinander.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen des Übereinkommens

Zu Artikel I

Artikel I bestimmt, daß die Vertragsstaaten den Schutz und die rationelle Nutzung der lebenden Ressourcen sowohl durch enge Kooperation als auch durch nationale Maßnahmen anstreben.

Zu Artikel II

Absatz 1 legt den räumlichen Geltungsbereich des Übereinkommens fest. Dieser umfaßt im Interesse einer möglichst weitgespannten Bewirtschaftung auch die Hoheitsgewässer mit Ausnahme der Eigengewässer, im Übereinkommen als „Binnengewässer" bezeichnet. Absatz 2 bestimmt als Gegenstand des Übereinkommens alle lebenden Meeresressourcen.

Zu Artikel III

Diese Vorschrift stellt klar, daß das Übereinkommen die Grenzen der Hoheitsgewässer und Fischereizonen unberührt läßt.

Zu Artikel IV

Artikel IV enthält für die Ziele des Übereinkommens eine Bestimmung des Begriffes „Schiff".

Zu Artikel V

Die in Artikel V vorgesehene Internationale Kommission für die Fischerei in der Ostsee und den Belten (Kommission) hat sich inzwischen konstituiert und bereits eine ordentliche Tagung abgehalten. Die Bundesrepublik Deutschland wurde bei dieser Tagung trotz ausstehender Ratifikation des Übereinkommens wie ein Mitglied behandelt.

Zu Artikel VI

Artikel VI legt mit Warschau den Sitz der Kommission fest und regelt die Einstellung eines Sekretärs und von Hilfspersonal sowie den Erlaß einer Geschäftsordnung durch die Kommission.

Zu Artikel VII

Nach dieser Vorschrift beträgt die Haushaltsperiode der Kommission 2 Jahre. Die Vertragsstaaten tragen die Haushaltskosten (einschließlich Zusatzhaushalt) zu gleichen Teilen.

Zu Artikel VIII

Absatz 1 regelt das ordentliche und außerordentliche Zusammentreten der Kommission. Die in Absatz 2 bestimmte erste Tagung der Kommission fand vom 28. bis zum 31. Oktober 1974 in Warschau statt.

Laut Absatz 3 hat jeder Vertragsstaat in der Kommission eine Stimme. Für Beschlüsse und Empfehlungen ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien vorgesehen.

Absatz 4 legt mit Englisch die Arbeitssprache und mit den Sprachen der Unterzeichnerstaaten die offiziellen Sprachen der Kommission fest.

Zu Artikel IX

Artikel IX stellt der Kommission als Aufgaben die Beobachtung der lebenden Ressourcen und des Fischfangs, die Ausarbeitung von Vorschlägen zur Koordinierung der wissenschaftlichen Forschung und das Unterbreiten von Empfehlungen zum Schutz und zur rationellen Nutzung der lebenden Meeresressourcen.

Die Kommission nimmt, wenn zweckmäßig, zur Erfüllung ihrer Aufgaben die Dienste internationaler Organisationen, namentlich des Internationalen Rates für Meeresforschung, in Anspruch und nutzt die Informationen der Vertragsstaaten. Durch diese Vorschrift werden eigene kostenintensive Forschungsaktivitäten auf das notwendige Maß begrenzt.

Im Interesse einer rationellen Arbeitsweise ist die Kommission befugt, zur Erfüllung ihrer Aufgaben Hilfsorgane einzusetzen.

Zu Artikel X

Diese Vorschrift regelt die Empfehlungskompetenz der Kommission, die sich auf alle Maßnahmen zum Schutz und zur rationellen Nutzung der lebenden Meeresressourcen erstreckt. Als solche Maßnahmen sind z. B. aufgeführt: Regulierungen der Fanggeräte, der Fangmethoden und der Fischgrößen, die Festlegung von Schonzeiten und Schongebieten sowie die Quotierung von Beständen und die Bestimmung des Fischereiaufwandes. Darüber hinaus erstreckt sich die Empfehlungskompetenz namentlich auch auf Maßnahmen zur Verbesserung und Vergrößerung der lebenden Meeresressourcen sowie auf Maßnahmen zur Kontrolle der Durchführung bindend gewordener Empfehlungen.

Zu Artikel XI

Diese Bestimmung verpflichtet die Vertragsstaaten, die Empfehlungen der Kommission in Kraft zu setzen. Es ist jedoch gleichzeitig klargestellt, daß die Empfehlungen keinem Mitgliedstaat aufgezwungen werden können, da jede Vertragspartei mit der Einlegung eines Einspruchs innerhalb einer Frist von 90 Tagen von der oben bezeichneten Verpflichtung entbunden ist. Ein solcher Einspruch hat weiter zur Folge, daß für die übrigen Vertragsstaaten eine neue Einspruchsfrist von 60 Tagen eröffnet wird.

Sofern mindestens drei Vertragsstaaten Einspruch eingelegt haben, entfällt für alle Vertragsstaaten die Verpflichtung, die betreffende Empfehlung in Kraft zu setzen.

Zu Artikel XII

Artikel XII schreibt vor, daß die Vertragsstaaten die erforderlichen nationalen Maßnahmen treffen, um die Bestimmungen des Übereinkommens und die bindenden Empfehlungen der Kommission durchzusetzen. Dabei ist klargestellt, daß jeder Vertragsstaat innerhalb seiner Hoheitsgewässer und Fischereizonen die ihn bindenden Empfehlungen selbst anwendet.

Über die entsprechenden nationalen Maßnahmen haben die Vertragsstaaten die Kommission zu unterrichten. Die Vertragsstaaten sind auch verpflichtet, der Kommission die erbetenen statistischen Angaben sowie Daten zur Verfügung zu stellen, die zur Beobachtung der lebenden Ressourcen und des Fischfangs durch die Kommission dienen.

Zu Artikel XIII

Artikel XIII bestimmt, daß die Kommission Nicht-Vertragsstaaten auf übereinkommenswidrige oder die Arbeit der Kommission beeinträchtigende Fischereitätigkeiten durch deren Angehörige oder Schiffe hinweist.

Zu Artikel XIV

Artikel XIV nimmt ausschließlich wissenschaftlichen Forschungszwecken dienende Tätigkeiten durch von den Vertragsstaaten dazu bevollmächtigte Schiffe und die dabei gefangenen Fische und anderen Meeresorganismen von den Bestimmungen des Übereinkommens aus. Damit wird gewährleistet, daß weder die Bestimmungen des Übereinkommens noch Empfehlungen der Kommission zu einer Einengung der Forschung herangezogen werden können.

Um Mißbrauch auszuschließen, wird untersagt, die bei Forschungstätigkeiten gefangenen Fische und andere Meeresorganismen zu verkaufen, zum Verkauf auszustellen oder anzubieten.

Zu Artikel XV

Diese Vorschrift gibt der Kommission die Befugnis zur Zusammenarbeit und zu Kontakten mit verwandten Organisationen sowie zu Kontakten mit Nicht-Vertragsstaaten.

Zu Artikel XVI

Das Übereinkommen kann nur durch einstimmige Entscheidung der Vertragsstaaten geändert werden. Jeder einzelne Vertragsstaat hat ein entsprechendes Initiativrecht.

Zu Artikel XVII

Absatz 1 bestimmt die Regierung der Volksrepublik Polen als Verwahrregierung und stellt die Ratifikations- bzw. Genehmigungsbedürftigkeit des Übereinkommens fest. Absatz 2 regelt den Beitritt durch interessierte Nicht-Vertragsstaaten, der eine Einladung durch die Vertragsstaaten voraussetzt.

Zu Artikel XVIII

Das Übereinkommen ist am 28. Juli 1974 in Kraft getreten, nachdem Polen, die Sowjetunion, die Deutsche Demokratische Republik und Schweden die Ratifikationsurkunden hinterlegt hatten.

Zu Artikel XIX

Das Übereinkommen kann erstmalig zum 31. Dezember 1980 gekündigt werden.

Zu Artikel XX

Diese Vorschrift regelt die Aufgaben der Verwahrregierung, die Hinterlegung der Urschrift des Übereinkommens sowie dessen Registrierung bei den Vereinten Nationen.

Bn 612094 5.76